

### Die System-Mafia als Faktor der sowjetisch-russischen Transformation: T. 2: die Instrumentalisierung des organisierten Verbrechens

Knabe, Bernd

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Knabe, B. (1998). *Die System-Mafia als Faktor der sowjetisch-russischen Transformation: T. 2: die Instrumentalisierung des organisierten Verbrechens*. (Berichte / BIOst, 48-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43785>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln, Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0435-7183



## Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
<b>1. Einleitung .....</b>	<b>5</b>
<b>2. Zur "Koexistenz" zwischen dem organisierten Verbrechen und staatlichen Organen.....</b>	<b>10</b>
<b>3. Beispiele für zwielichtige Aktivitäten im Kontext der System- Mafia.....</b>	<b>16</b>
<b>4. Genese und Funktionen "privater Schutzdienste" .....</b>	<b>33</b>
<b>5. Ausblick.....</b>	<b>38</b>
Summary .....	41

10. November 1998



**Bernd Knabe**

## **Die System-Mafia als Faktor der sowjetisch-russischen Transformation**

### **Teil II: Die Instrumentalisierung des organisierten Verbrechens**

Bericht des BIOst Nr. 48/1998

#### **Kurzfassung**

##### *Vorbemerkung*

Diese Studie geht von der Überlegung aus, daß für das Verständnis der gegenwärtigen politischen und sozioökonomischen Lage Rußlands die Kenntnis von der Existenz und den Aktivitäten der System-Mafia – im deutlichen Unterschied zu verschiedenen Formen der organisierten Kriminalität – unerlässlich ist. Eine solche System-Mafia hat es, wenn auch in sehr unterschiedlichem Umfang, während der gesamten Periode des sowjetischen Systems gegeben – sie war auf die "Wende" außerordentlich gut vorbereitet und bestimmte wesentlich die einzelnen Transformationsschritte. Wenn es zahlreiche Mißverständnisse der Komplexe "Mafia" und "Schattenwirtschaft" gibt, so ist dies meist auf einen zu einseitigen kriminologischen oder ökonomischen Ansatz zurückzuführen. Da viele Faktoren, deren Stellenwert für das Verständnis von Zusammenhängen zwischen den oben skizzierten Bereichen von grundsätzlicher Bedeutung sind, erst in den letzten Jahren deutlich geworden sind, muß man bereit sein, den Aussagegehalt früherer, auch eigener, Untersuchungen kritisch zu überprüfen. Daß aber nur auf diesem Weg die Ursachen vieler Probleme der Transformationsprozesse verstanden werden können, ist im vorausgegangenen Bericht "System-Mafia und Transformation in Rußland" dargestellt worden.

Zwar liegen seit einigen Jahren zahlreiche Untersuchungen über die (organisierte) Kriminalität in der Sowjetunion und in Rußland vor, doch wird dabei die Zusammenarbeit zwischen politischer und krimineller Ebene meist ausgespart. Am kompetentesten äußern sich (frühere) Mitarbeiter von Rechtsschutzorganen, doch ist dabei zu berücksichtigen, daß sie sich meist an früher eingegangene Schweigeverpflichtungen halten und dienstliche Geheimnisse nicht preisgeben. Viel Aufklärungsarbeit haben engagierte Journalisten geleistet, von denen einige ihre Bemühungen mit dem Leben bezahlt haben. Obwohl es sich dabei vielfach um Auftrags- oder Sensationsjournalismus handelt oder politische Intentionen bei ihren Darstellungen eine nicht akzeptable Rolle spielen, so dürfen diese – insbesondere von offizieller Seite – vorgebrachten Einschränkungen nicht dazu führen, daß die betreffenden Berichte nicht zur Kenntnis genommen werden. Auch Darstellungen westlicher Beobachter und Forscher sind keineswegs frei von solchen Einschränkungen. Vermutlich ist eine langfristige und kontinuierliche Beobachtung dieser Prozesse ein Weg, gravierende Fehltritte zu vermeiden.

Die Studie basiert nahezu ausschließlich auf Darstellungen von Fachleuten und Journalisten, die in Rußland leben. Bei der Übernahme von sachdienlichen Informationen und biographischen Details wurde besonders vorsichtig und gewissenhaft vorgegangen. Aus dem Wesen der System-Mafia ergibt sich, daß manche dubiose Aktivitäten ihrer Mitglieder nicht mit dem Strafrecht Rußlands oder auch anderer Länder zu erfassen sind – weder diese Personen noch ihre Aktivitäten können deshalb pauschal als kriminell bezeichnet werden.

Die in den Anmerkungen erscheinenden Kurztitel werden im Literaturverzeichnis des ersten Teils dieser Studie erklärt.

### *Ergebnisse*

1. Die zuständigen Behörden Rußlands haben einen ausgezeichneten Überblick über das System der OK; sie verzichten bewußt auf ein massives Vorgehen gegen dieses etablierte System, da sie die Führer der OK als Partner im Kampf gegen die gewöhnliche Kriminalität betrachten.
2. Für diese "utilitaristische" Einstellung könnte man an sich angesichts der instabilen politischen und sozioökonomischen Lage des Landes Verständnis haben. Es geht aber in Rußland seit 1987/88 nicht mehr nur um diesen Aspekt der Zusammenarbeit, sondern vielmehr um koordinierte Operationen, wobei die Absicherung ökonomischer Aktivitäten – im Auftrag oder im Interesse herrschender Eliten – im Vordergrund steht; unerläßliche Begleiterscheinungen sind dabei Maßnahmen zur Einschüchterung oder auch Liquidierung von "Störern".
3. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang "privaten Schutzdiensten" zu, die offenbar bereits seit Beginn der Transformation den Schutz der wichtigsten Großbetriebe und Banken übernommen haben. Erst in den letzten Jahren ist dabei deutlich geworden, daß es sich hierbei um eine systematische Strategie gehandelt hat.
4. Die Zusammenarbeit zwischen der System-Mafia und der OK ist nicht auf Rußland und andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion beschränkt, sondern erstreckt sich grundsätzlich auf alle Länder.
5. Es ist nicht auszuschließen, daß bestimmte Kreise der Sicherheitsdienste Rußlands – in der Tradition von Konzeptionen des sowjetischen KGB – Aktivitäten im Ausland auch mit der Zielsetzung planen, die dortigen gesellschaftspolitischen und ökonomischen Verhältnisse nachhaltig zu beeinflussen. Vereinzelt heißt es dazu in russischen Quellen, dies sei die "Quittung" für die ungenügende Hilfe des Westens bei seinerzeitigen Bemühungen um Aufrechterhaltung des sowjetischen Systems.

## 1. Einleitung

Nach wie vor wird mit den Begriffen "Mafia" und "Russenmafia" sehr großzügig umgegangen. Grundsätzlich sollten aber "einfache" Kriminalität und normale Erscheinungsformen der OK nicht unter "Mafia" subsumiert werden. Ein wesentliches Kriterium dafür ist vielmehr die Zusammenarbeit von Gruppen der OK mit staatlichen Organen oder politischen Parteien, um spezifische Gruppeninteressen nachhaltig vertreten zu können. Eine weitere Voraussetzung für die Einbeziehung derartiger Kooperationen in den Mafia-Komplex ist die Bereitschaft zur Gewaltanwendung – dann, wenn die Erreichung gestellter Ziele "auf normalem Wege" ausgeschlossen oder die Durchführung taktischer Maßnahmen gefährdet erscheinen. In jedem Staat ist die "Höherentwicklung" von Gruppen der OK zu einer Mafia-Organisation möglich. Ein totalitärer Staat, der sich nicht an rechtsstaatliche Prinzipien hält, kann freilich durch drakonische Abschreckung die Gefahr der Verbreitung solcher krimineller Verbindungen minimieren, er kann aber auch mit ausgesuchten kriminellen Gruppen zusammenarbeiten, um bestimmte Ziele im In- und Ausland effektiver zu erreichen. Wird diese Symbiose als "Staatsterrorismus" bezeichnet, so hat man es mit der "Staats-Mafia" dann zu tun, wenn einflußreiche Gruppen der staatlichen Verwaltung zur Durchsetzung ihrer Interessen auf das Potential krimineller Gruppen zurückgreifen.

Zur Kennzeichnung der Spezifik des sowjet-sozialistischen Systems und seiner Nomenklatura, die während der letzten sieben Jahrzehnte fallweise mit Gruppen der OK zusammengearbeitet haben, wird der Terminus "System-Mafia" vorgeschlagen. Zur Beantwortung einer Leserfrage nach den Unterschieden zwischen der Mafia in den USA und in Rußland bat die Redaktion der populären Wochenzeitung "Argumenty i fakty" den amerikanischen Journalisten D. Sutter um eine Stellungnahme. Er führte unter anderem aus:

...die Könige der kriminellen Welt haben gefestigte Verbindungen auf allen Ebenen der Macht. Und wenn man die "Diebe im Gesetz" verhaftet, so ist das nicht das Ergebnis von Aktionen der Rechtsschutzorgane, sondern lediglich die Folge der "mißgünstigen Konkurrenz" konkurrierender krimineller Gruppen... Im Unterschied zu der amerikanischen entwickelt sich die russische Mafia innerhalb des politischen Systems. Gegenwärtig gründet sie Banken, Finanzgruppen, besticht Staatsbeamte. In der Zukunft kann die russische OK durchaus die politische Macht ergreifen. Danach wird sich das Land in eine einzige "Lager-Zone" verwandeln, wo die gesamte Gesellschaft für die kriminelle Elite arbeiten wird. Eine ähnliche Situation ist in Amerika prinzipiell ausgeschlossen.<sup>1</sup>

In den neunziger Jahren ist eine ganze Reihe von Darstellungen der kriminellen Szene in Rußland erschienen, zunächst vor allem in Rußland selbst, dann auch im Ausland. Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane Rußlands hatten dabei das umfangreichste Material zur Verfügung, doch darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß sie nicht ohne Einschränkungen publizieren konnten – dies gilt ebenso für frühere Mitarbeiter, die den Dienst quittiert hatten oder entlassen worden waren. Die veröffentlichten Materialien erlauben zwar wichtige Einblicke in die Welt der OK Rußlands, doch bleiben sie bruchstückhaft und verzichten meist

---

<sup>1</sup> Aif Nr. 10/1998.



auf die Untersuchung von Zusammenhängen zwischen den Sektoren der sozialen Realität. Eine umfassende Darstellung der OK Rußlands der neunziger Jahre – mit Angaben über die Zahl der "Paten" und ihrer Opfer – gibt es bisher nicht. So haben G. Podlesskich und A. Tereschonok 1994 ein Verzeichnis von 266 Anführern der kriminellen Welt der früheren Sowjetunion zusammengestellt, das auf KGB-Beobachtungen der Jahre 1988 bis 1992 basieren soll. Bei genauerer Durchsicht stellt man aber fest, daß viele damals sehr aktive Anführer der OK nicht berücksichtigt wurden. Der Publizist A. Konstantinow hat 1997 eine umfangreiche "Chronik der russischen Grenzenlosigkeit" der Jahre 1993 bis 1996 veröffentlicht, die die meisten Verbrechen der OK auflistet. Aber auch dort fehlen viele Kriminelle, sogar einige, die im Textteil berücksichtigt werden.<sup>2</sup> Das überaus interessante Buch von T. Gdljan und N. Iwanow über die "Kreml-Affäre", das 1994 im südrussischen Rostow erscheinen konnte, schildert zwar detailliert Anfang der achtziger Jahre festgestellte Zusammenhänge zwischen der KP-Nomenklatura Usbekistans und entsprechenden Abteilungen im Moskauer Sekretariat der KPdSU, verschweigt aber damals sehr aktive Kreise der OK in Taschkent, beispielsweise den bekannten Paten "Tajwantschik"<sup>3</sup>. Die häufigen Darstellungen besonders aufsehenerregender Fälle aus dem Umfeld der OK in den russischen Medien – "Dossiers", Video- und Tonbandaufzeichnungen, Todeslisten usw. – dürften meist nicht vom Bestreben nach Aufklärung von Fällen und Beziehungen getragen, sondern eher im Bereich Auftrags- oder auch Sensationsjournalismus anzusiedeln sein.<sup>4</sup>

Wer sich im Ausland mit dem Phänomen der "Russienmafia" befaßt, kann sich zum einen auf das Material russischer Quellen, zum anderen auf Recherchen bei Rechtsschutzorganen besonders betroffener Länder stützen; auch Polizeibehörden Rußlands sind mitunter zur Herausgabe von Materialien an ausländische Journalisten bereit.<sup>5</sup> Wer sich nicht auf Darstellung historischer oder juristisch abgeschlossener Fälle beschränken möchte, hat freilich mit einer Reihe von Problemen zu tun – erwähnte mutmaßliche Kriminelle werden gegen ihre Nennung Klagen einbringen oder Schadensersatzklagen wegen Beleidigung anstrengen. Die Dauer solcher Verfahren dürften die meisten Journalisten und Verlage davon abhalten, sich dieser Thematik zu widmen.<sup>6</sup> Die Darstellungen von U. Schmid, A. Lallemand

<sup>2</sup> Podlesskich/Terešonok, S. 239-253. Die vollständigen Titel finden sich im "Literaturverzeichnis" des vorausgegangenen Berichts. Beispielsweise fehlen dort A. Isaev, V. Sliva und S. Timofeev. Bei Konstantinov/Dikselius fehlen Hinweise auf den am 11.3.1996 im Gebiet Irkutsk ermordeten D. Chmiadašvili und den am 12.7.1996 in Wien umgebrachten D. Sanikidze (Segodnja vom 16.8.1996).

<sup>3</sup> Über die Position Tajvan'čiks in Taškent berichtete die Sängerin S. Rotaru, die ihm seit 1971 und bis zum Zeitpunkt des Interviews freundschaftlich verbunden gewesen ist (Sobesednik Nr. 29/1997). Hervorzuheben ist ihre Bemerkung, daß sie um 1985 mit dem damaligen Innenminister V. Fedorčuk über Tajvan'čik gesprochen hat.

<sup>4</sup> Beispielsweise wollten der Präsident des Moskauer Finanzklubs A. Nečaev und der Präsident der Industriellenvereinigung KSBR I. Kivelidi im Frühjahr 1995 eine Liste korrupter Politiker publizieren (OG Nr. 15/1995); dazu ist es zwar nicht gekommen, doch gehen viele Insider in Moskau davon aus, daß die Ermordung Kivelidis auch damit zu tun hat.

<sup>5</sup> So hat "Forbes" von der Moskauer Kripo-Verwaltung (für den Kampf gegen die OK) Unterlagen über B. Berezovskij erhalten.

<sup>6</sup> Zu erwähnen sind beispielsweise die "Washington Post", die Ende 1993 A. Tarasov als einen "Chef der russischen Mafia" bezeichnet hatte (Kommersant Nr. 48/1996), und "Forbes" wegen eines Ende 1996 publizierten Artikels über Verwicklungen B. Berezovskijs in kriminelle Machenschaften (Delovoj mir Nr. 19/ 1997); diese Verfahren waren bis Mitte 1998 nicht abgeschlossen.

und J. Lloyd sind als gelungene Beispiele für Versuche zu nennen, sich trotz aller Hindernisse mit diesem Thema zu befassen.

Die vorliegende Studie setzt sich auch das Ziel, Argumente gegen häufig verwendete Darstellungen und Interpretationen von Phänomenen im Umfeld der russischen OK zusammenzutragen, die als typische Fehleinschätzungen dieser Problematik zu bezeichnen sind. Es ist einzuräumen, daß manche Einsichten und Erkenntnisse erst in den letzten Jahren möglich geworden sind. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, daß die Berichterstattung über die Aktivitäten der Führung der KPdSU bis Mitte 1991 strengster Geheimhaltung unterlag; auch danach ist nur ausgewählten Personen der Zugang zu Politbüro- und ZK-Archiven ermöglicht worden. Der russische Publizist L. Scharow, der sich in den neunziger Jahren durch bemerkenswerte Artikel über die kriminelle Szene Rußlands einen Namen machte, hat in einem Ende 1996 veröffentlichten Artikel über seine Erkenntnisfortschritte berichtet. Bis 1994/95 habe auch er an die verbreitete Vorstellung einer "kriminellen Revolution" geglaubt, die sich nach dem Zusammenbruch des "kommunistischen Totalitarismus" ereignet habe, und deren Vertreter dann allmählich in die Apparate eingedrungen seien; inzwischen sei er davon überzeugt, daß die Gruppeninteressen der Nomenklatura die Ursache für das Entstehen des kriminellen Staates seien.<sup>7</sup> Die seit Ausgang der siebziger Jahre im Ausland erschienene Literatur über die Nomenklatura ermöglichte zwar Einblicke in das sowjetische Herrschaftssystem, die Rekrutierung von Eliten und ihre jeweiligen Privilegien, kaum jedoch in Verbindungen zur OK; Wissenschaftler in der Sowjetunion durften sich erst nach 1989 mit der Nomenklatura beschäftigen.

Welche überraschenden Erkenntnisse und unerwarteten Zusammenhänge sich bei eingehender Beschäftigung mit der OK in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion ergeben können, soll anhand eigener früherer Arbeiten gezeigt werden. Eine erste Einschätzung der Beziehungen zwischen Mafia und Politik in Rußland wurde Ende 1994 in einem Beitrag für das BIOst-Jahrbuch versucht. Hingewiesen wurde auf spezifische Funktionsmerkmale des Sowjetsystems, die das Entstehen mafioser Verbindungen begünstigt haben. Festgestellt wurden eine "Intensivierung von Mafia-Aktivitäten" nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, daneben aber auch kriminelle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Unterbringung von KP- und Komsomol-Vermögen (ab 1987) und mit der ersten Privatisierungswelle. Die Frage nach einer regelrechten Zusammenarbeit zwischen Staatsorganen und der System-Mafia wurde zwar gestellt, konnte aber nicht beantwortet werden. Eher am Rande ist erwähnt worden, daß Teile der politischen Führung offenbar bei der Krisenbewältigung im Herbst 1993 auf "private oder kriminelle Gruppen" zurückgriffen. Wichtig erscheint im nachhinein die damals zitierte Behauptung des Geheimdienstchefs Stepaschin (Juni 1994), wonach ausländische Geheimdienste die OK Rußlands für ihre Interessen einsetzten. In den folgenden Jahren wurde die Thematik in zwei Arbeiten vertieft, wobei es einmal vornehmlich um die "Wirtschaftskriminalität", dann aber auch um historische Vorläufer der staatlichen Nutzung krimineller Strukturen ging. Im Zusammenhang mit der "Wirtschaftskriminalität" wurde auf "Nomenklatura-Aussteiger" hingewiesen, denen bei

---

<sup>7</sup> Vgl. dazu den Kommentar zu einem "Moskauer Gutachten über die KPdSU": B. Knabe, Informationen (des BIOst) aus der Forschung Nr. 2/1993, sowie betr. Šarov: OG Nr. 46/1996.

Aktivitäten im Bereich der Schattenwirtschaft ihre "guten Beziehungen zu Rechtsschutzorganen und Geheimdiensten besonders vorteilhaft gewesen" seien. Unter Bezug auf die Forschungsergebnisse von L. Timofejew wurde die seit den sechziger Jahren expandierende Schattenwirtschaft als "das kommerzielle Herzstück des unproduktiven und defizitären Planungs- und Verteilungssystems" charakterisiert. Bei der Beschäftigung mit der Geschichte der OK in der Sowjetunion ermöglichte die Lektüre der Bücher von Podlesskich/Tereschonok und Gdljan/Iwanow (beide 1994) und Topol (1995) sowie eine erneute Durchsicht von Albrechts "Verratenem Sozialismus" (1939) und eines Moskauer Gutachtens für den Prozeß gegen die KPdSU (1992) neue Einblicke – deutlich wurde nämlich, daß es seit 1918 immer wieder Phasen gab, in denen die Parteiführung (oder – in ihrem Auftrag bzw. mit Billigung – Geheimdienste) Teile der OK für bestimmte Zwecke im In- und Ausland einsetzte. Die zunehmende Kriminalisierung vieler Angehöriger der Nomenklatura ist auch auf Regelungen über den privilegierten Status von Nomenklatura-Angehörigen zurückzuführen – der KGB und andere Untersuchungsorgane durften keine Ermittlungen gegen sie führen.

Beim Rückblick auf Fragestellungen der achtziger Jahre wurde deutlich, daß manche Feststellungen aus eigenen Arbeiten dieser Zeit inzwischen in einem anderen Zusammenhang gesehen werden müssen, z.B.:

- in einem Ende 1981 publizierten Bericht über "Arbeitstätigkeiten...in der UdSSR zu Beginn der achtziger Jahre" wurde zwar auf zahlreiche illegale Aktivitäten im Bereich der Schattenwirtschaft hingewiesen, doch fehlte jeder Hinweis auf mögliche konstruktive Beziehungen zwischen dieser Sphäre und Vertretern der offiziellen Verwaltungsebene;
- hatte eine 1986 geschriebene Information über "illegale Geheimkommandos" zutreffend über damals einsetzende KGB-Aktivitäten berichtet, informelle militante Gruppen zu bilden und für innenpolitische Ziele einzusetzen;<sup>8</sup>
- hatte eine Anfang 1988 für "Osteuropa" verfaßte Übersicht über "inoffizielle Gruppen" auf zahlreiche Fälle operativer Aktivitäten des KGB in den letzten Jahrzehnten hingewiesen;<sup>9</sup>
- war ein 1988 zitierter "Aufruf sibirischer Lagerhäftlinge" weniger der Versuch, die Perestrojka zu Verbesserung der Haftbedingungen zu nutzen, als vielmehr Ausdruck der damals erfolgten endgültigen Spaltung zwischen kaukasischen und slawischen Flügeln der OK;<sup>10</sup>
- ein 1989 verfaßter Bericht über die "neue sowjetische Arbeitspolitik", in dem detailliert die organisatorischen Umstellungen in der Wirtschaftsverwaltung der Sowjetunion insgesamt und einzelner Republiken sowie die danach erfolgten Freisetzungen beschrieben wurden. Nach damaliger Sichtweise stand die Reduzierung der Apparate im Vordergrund – tatsächlich war aber in vielen Fällen eher von einer "Umetikettierung" zu sprechen: aus einer Industrievereinigung oder Hauptverwaltung wurde die Kopfstelle eines Industriebetriebs. Erwähnt wurden auch Sonderregelungen für betroffene Angehörige der Apparate sowie für

<sup>8</sup> B. Knabe, Illegale Geheimkommandos in der Sowjetunion, Gelesen, kommentiert... (des BIOst) Nr. 1/1986.

<sup>9</sup> Ders., Transparenz der "Szene?" Informelle Gruppen in der Sowjetunion, in: Osteuropa Nr. 4/1988, S. A 183-A202.

<sup>10</sup> Ders., Glasnost-Einblicke in das System sibirischer Arbeitslager, Gelesen, kommentiert... (des BIOst) Nr. 13/1988.

Militärangehörige – daß es sich dabei teilweise um gezielte Weichenstellungen bzw. Verlagerungen in Sektoren der System-Schattenwirtschaft handelte, war damals nicht zu vermuten.<sup>11</sup>

Wer sich als Kriminologe mit der OK in Rußland befaßt, wird versuchen, die Anzahl dieser Gruppen, ihre Struktur und den Umfang ihrer Aktivitäten zu erfassen, auch wird er sich um eine möglichst zuverlässige Kriminalstatistik bemühen. Auf diesen Gebieten haben zahlreiche Experten in Rußland in den letzten Jahren viel geleistet. Wenn sie oder Kollegen im Ausland versuchen, die Dynamik entsprechender Reihen zu interpretieren oder gar mit ähnlichen Statistiken im Ausland zu vergleichen, so kommen sie zwangsläufig zu verhängnisvollen Fehleinschätzungen der "System-Mafia". Weder die Anzahl noch der Umfang von Gruppen der OK und auch nicht die Anzahl erfaßter Aktivitäten sind als Indikatoren der Effizienz dieser Gruppen zu werten. Ökonomen, die sich mit der Mafia befassen, beschränken sich meist auf Versuche zur Bestimmung des Anteils der Schattenwirtschaft am BSP; für andere steht die Prämisse von der Gewinnmaximierung investierten Kapitals im Vordergrund. Oft wird behauptet, daß erst durch die 1992 eingeleitete Transformation gute Voraussetzungen für das Eindringen von Exponenten der OK in die staatliche Verwaltung geschaffen worden seien. Eine solche Feststellung erklärt letztere zum passiven "Opfer"; die Transformation wird als eigentlicher "Schuldiger" bezeichnet und das frühere System "weißgewaschen". Oft werden die OK oder auch die Mafia als "Weiterentwicklung" der traditionellen Schattenwirtschaft dargestellt, häufig wird – verharmlosend – behauptet, diese Erscheinungen gebe es ja auch in anderen Ländern. Insbesondere ab 1991 sei es zu einer deutlichen Zunahme vieler Formen krimineller Aktivitäten gekommen, wobei diese Tendenz auf die – infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der besonderen Schwierigkeiten der Transformation gegebenen – chaotischen Verhältnisse zurückgeführt wird. Mitunter wird auch davon ausgegangen, daß das Politbüro der KPdSU aufgrund der Perestrojka-Politik von M. Gorbatschow ab 1987 zunehmend an Einfluß verloren hat und viele sozioökonomische Prozesse nicht mehr steuern wollte oder konnte. Obwohl inzwischen bekannt ist, daß die politische Führung bzw. einzelne Gruppen in der Führung ab Ende der achtziger Jahre sehr wohl weitreichende Entscheidungen getroffen und – im Rahmen ihrer Möglichkeiten – für ihre Durchführung gesorgt haben, werden diese Informationen nicht oder nicht ausreichend in die Analyse der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nach 1991 einbezogen. In der Regel wird vielmehr von der These ausgegangen, daß es durch den Verlust des Machtmonopols der KP-Führung und durch die Auflösung der Sowjetunion zu Staatsbildungen gekommen sei, bei denen frühere Koordinaten der Herrschaftsausübung und Wirtschaftspolitik keine oder höchstens eine minimale Rolle gespielt hätten. Ohne sich ausreichend Klarheit über das Wesen des früheren Herrschaftssystems verschafft zu haben, beschreiben Transformationsforscher Facetten des Systemwechsels; konstatieren sie dann beispielsweise die weitgehende Stabilität führender Eliten, stellen sie meist nicht die Frage, ob die dafür entscheidenden Weichenstellungen nicht vielleicht vor 1989 erfolgt sind.

Mitunter wird die These vertreten, entscheidend seien zu erwartende Auswirkungen der OK-Aktivitäten auf die ökonomische Entwicklung des Landes. Da Vertreter der OK im Interesse

---

<sup>11</sup> B. Knabe, Perestrojka-Implikationen der neuen sowjetischen Arbeitspolitik, Bericht des BIOst Nr. 45/1989.

maximaler Gewinne am ökonomischen Aufschwung des Landes interessiert seien, könne eine ähnliche Entwicklung wie in anderen Ländern nach der Phase der "ursprünglichen Akkumulation des Kapitals" erwartet werden. Diese These ist eine gefährliche Verharmlosung des Stellenwerts der OK in Rußland; sie vernachlässigt die konkreten Umstände der "Kapitalakkumulation" und übersieht die fehlende Investitionsbereitschaft der meisten Repräsentanten der OK.

## **2. Zur "Koexistenz" zwischen dem organisierten Verbrechen und staatlichen Organen**

Während die führenden Köpfe der OK einen ziemlich guten Überblick über das System und die Arbeitsweise der verschiedenen staatlichen Organe haben und es ihnen deshalb relativ leicht gelingt, ihre Vertreter in diese Organe hineinzubringen oder einzelne Mitarbeiter staatlicher Organe für eine fallweise oder auch kontinuierliche Zusammenarbeit zu gewinnen, haben es staatliche Organe schwerer, ihr Wissen über die OK auf den neuesten Stand zu bringen. Wenn auch einsichtig ist, daß ein zutreffender Überblick Voraussetzung für den Erfolg von Maßnahmen gegen die OK ist, so wird im folgenden deutlich werden, daß die so gewonnenen Kenntnisse auch für andere Aktivitäten genutzt werden. A. Kartaschow, einer der Pioniere dieser neuen Organisationen und Mitte 1994 Chef der Regionalverwaltung Zentralrußlands für den Kampf gegen die OK, äußerte damals in einem Interview: "...Jetzt bin ich mit folgendem Problem konfrontiert: Die kriminellen Gruppierungen, die auf unserem Territorium aktiv sind, müssen intensiv bearbeitet werden. Es sind 156. Sie gehören zu 25 kriminellen Gemeinschaften... Alle Chefs kennen wir ohne Ausnahme..."<sup>12</sup>

Aufschlußreich sind auch Äußerungen eines anonym bleibenden Moskauer Spezialisten für den Kampf gegen die OK. Nachdem er (Mitte 1996) konstatiert hatte, daß der Organisationsgrad krimineller Gruppen ständig zunehme und daß es zahlreiche Verbindungen zwischen diesen und den Rechtsschutzorganen, Institutionen der Staatsmacht und der öffentlichen Verwaltung gebe, wurde ihm die Frage gestellt, ob das eigentliche Ziel polizeilicher Aktivitäten in der Ausschaltung der OK-Gruppen bestehe. Seine Stellungnahme:

In der gegenwärtigen sozioökonomischen Lage des Landes ist es sinnlos, sich ein solches Ziel zu setzen. Wenn man eine Gruppierung verhaftet, entstehen sofort andere. Vorrangig müssen... die Umstände geändert werden, die die OK am Leben erhalten.

Auf die konkrete Frage, ob es gegenwärtig "viel effektiver sei, die bestehenden Gruppierungen zu kontrollieren und ihnen nur periodisch einen Nasenstüber zu verpassen", antwortete er: "Ja, genau so verhält es sich. So bleibt die Lage unter unserer Kontrolle, und es gibt keine chaotische Zunahme oder Dislozierung dieser Gruppierungen... Freilich beschießen sich die Gruppierungen in gewissen Abständen gegenseitig, aber was hat der Bürger damit zu tun?" Als Hinweis auf die detaillierten Kenntnisse, die russische Polizisten über die Bosse der OK haben, sei eine Äußerung von W. Malzew, Leiter einer Unterabteilung für operative

---

<sup>12</sup> Sobesednik Nr. 26/1994.

Arbeit im Innenministerium, wiedergegeben.<sup>13</sup> Anfang 1998 äußerte er in einem Zeitungsinterview:

...sie (die operativen Informationen über kriminelle Gruppen – B.K.) gewinnen wir nicht aus Computern. Jeder Professionelle, der mit dem Kampf gegen die OK befaßt ist, hat sie im Kopf. So kennt er die Liste der Anführer der kriminellen Gruppen wie das 'Vater unser'... und kann über jeden fast alles berichten: was er und wo er ist, womit er sich befaßt, was er kontrolliert, über welche Verbindungen er verfügt...

Daß die einen OK-Gruppen beobachtet und bekämpft, andere toleriert und wieder andere sogar für eine Zusammenarbeit mit staatlichen Organen ins Auge gefaßt werden, hat mit der Genese der OK im Rußland von heute zu tun. Ein Aspekt, der die Einstellung staatlicher Stellen gegenüber Strafgefangenen verdeutlicht, darf dabei nicht übersehen werden. Der sowjetischen Tradition folgend, werden keine oder nur ungenügende Anstrengungen zu ihrer Rehabilitation unternommen. P. Wasiljew, Vorsitzender der religiös-karitativen Vereinigung für Probleme der Strafgefangenen "Bratstwo", hat sehr deutlich moniert, daß die 1992 unterbreiteten konkreten Vorschläge zur Integration entlassener Häftlinge vom Innenministerium abgelehnt wurden – trotz eines Erlasses von Präsident Jelzin, der sich positiv dazu geäußert hatte. Eine Folge der darauf zurückzuführenden Passivität sei beispielsweise, daß es allein in Moskau und Umgebung etwa 100.000 Personen dieser Kategorie gebe, die für kriminelle Aktivitäten jeder Art gewonnen werden könnten.<sup>14</sup>

Die Differenzierungsprozesse innerhalb der OK im Bereich der Sowjetunion verliefen ab Anfang der achtziger Jahre so dynamisch, daß die Moskauer KGB-Zentrale den Überblick verlor. Als während der zweiten Hälfte der achtziger Jahre der Mißerfolg der Perestrojka-Politik Gorbatschows immer deutlicher wurde und auf der anderen Seite die Unabhängigkeitsbewegungen in einzelnen Sowjetrepubliken den Fortbestand des Staates in Frage stellten, dürfte die Entscheidung getroffen worden sein, ein neues System der OK mit Schwerpunkt Rußland zu schaffen, das von Moskau aus zuverlässig kontrolliert werden konnte. Vermutlich 1987 begann die KGB-Führung, vier ausgewählten Autoritäten die Möglichkeit zur Kontrolle über die OKG in den wichtigsten Regionen Rußlands zu verschaffen, zunächst möglicherweise ohne direkte Beauftragung dieser Personen. Für Zentralrußland war danach W. Iwankow (Japontschik), für die Ural-Region A. Usojan (Chasan), für den Fernen Osten Je. Wasin (Dshem) und für den Nordkaukasus Ju. Bagdasarjan (Swo) zuständig. In den folgenden Jahren wurden weitere führende Kriminelle in diesen Kreis aufgenommen, so daß sich zu Beginn der neunziger Jahre ein Syndikat "Familie der 11" ergab; als bekannteste sind hierbei zu nennen A.K. Tochtachunow (Tajwantschik), A. Issajew (Rospis), A. Sacharow (Sachar, Schurik) und Chatschidse (Dshamal). Diese Personen teilten die relevanten Operationsgebiete unter sich auf und einigten sich auf Konferenzen über strategische und taktische Aufgaben. In den russischen Medien hat W. Raskin im August 1994 wohl als erster über eine Gruppe von etwa zehn einflußreichsten Auto-

<sup>13</sup> Megapolis-Ékspress Nr. 22/1996. LG Nr. 1-2/1998. Allen Kripo-Beamten Rußlands soll ein Ordner "Kriminelle Autoritäten und 'Diebe im Gesetz'" zur Verfügung stehen (Ogonek Nr. 43/1997).

<sup>14</sup> OG Nr. 16/1997.

ritäten berichtet.<sup>15</sup> Anfang 1998 hat Rasinkin diese Gruppe in einem etwas anderen Kontext genannt. Demnach soll W. Iwankow erst nach seiner Anfang 1992 erfolgten Ausreise in die USA in den "Bruder-Kreis" der elf bedeutendsten kriminellen Autoritäten aus verschiedenen Ländern aufgenommen worden sein.<sup>16</sup> Parallel dazu entstanden neue Formen der OK, in denen Nichtvorbestrafte, frühere Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane, arbeitslose Berufssportler u.a. führende Positionen einnahmen. Mitte 1997 wurde der damalige Innenminister Kulikow mit der Einschätzung zitiert, 80 Prozent der "Paten" seien zuvor höhere Beamte oder Betriebsdirektoren gewesen.<sup>17</sup>

Die Arbeitsfelder und -methoden der Sicherheitsdienste führen vielfach auch zu Konflikten zwischen ihnen und kriminellen Strukturen, weil erstere den ökonomischen Nutzen aus besonders gewinnbringenden Bereichen für sich beanspruchen. Es sind dann die nicht von staatlichen Organen kontrollierten OK-Gruppen, die Exklusivansprüche der Geheimdienste und ihrer Verbündeten zurückweisen. Erst Anfang 1998 sind solche Zusammenhänge auch öffentlich bekannt gemacht worden. Ausgelöst wurde dieser Vorgang durch die Umstände des im Oktober 1995 ermordeten Vorsitzenden des Direktorenrats der AG "Primor'ye", A. Sacharenko. Nachdem zunächst im Juli 1997 der Chef der FSB-Abteilung für den Kampf gegen Terrorismus im Gebiet Primorje die Beteiligung von Mitgliedern der nationalistischen Bewegung "Russische nationale Einheit" (RNE), die früher bei einer Spezialeinheit der Pazifikflotte gedient hatten, an diesem Mord eingeräumt hatte, präzisierte im Januar 1998 der stellvertretende Innenminister W. Kolesnikow, daß es sich bei den Tätern um Mitarbeiter von Geheimdiensten handele. Der "Kommersant"-Mitarbeiter P. Roschtschin traf im Zusammenhang mit diesem Kriminalfall folgende Feststellungen:<sup>18</sup>

- In jeder Region werden die einträglichsten Wirtschaftszweige von Mitarbeitern der Machtorgane kontrolliert oder "betreut". Neben dem FSB sind das die GRU, die Regionalverwaltungen für den Kampf gegen die OK und Spezialabteilungen der Streitkräfte.
- Es ist nicht überraschend, daß – ehemalige und aktive – Mitarbeiter der Geheimdienste eine selbständige kriminelle Kraft werden. Sogar die Banditen geben zu, daß man kein "Schutzdach" finden kann, das ernstzunehmender und dabei preiswerter als das des FBS sei.
- Die einmalige Erfahrung bei der Organisation terroristischer Aktionen und auf dem Feld der Telekommunikation machen sie für kriminelle Strukturen interessant. Es ist zu engen Verbindungen zwischen Mitarbeitern der Geheimdienste und der Rechtsschutzorgane mit zahlreichen kriminellen Gruppierungen gekommen.

Detaillierte Informationen über das System der von staatlichen Stellen geförderten OK im GUS-Bereich und auch im Ausland wurden nach der Ermordung des litauischen Journalisten V. Lingys (Oktober 1993) bekannt; zwar hatte die Moskauer Militär-Staatsanwaltschaft bereits 1992 Ermittlungen wegen der Geschäfte von Generälen der Westgruppe in der damaligen DDR aufgenommen, doch lagen noch Jahre später keine umfassenden Ergebnisse

---

<sup>15</sup> Podlesskich/Terešonok, S. 36; Razinkins Einschätzung in: LG Nr. 34/1994. Deshalb ist die Behauptung unzutreffend, die Geheimdienste Rußlands hätten sich erst seit 1992 mit der Anwerbung von "Dieben im Gesetz" befaßt (so in: OG Nr. 43/1997).

<sup>16</sup> LG Nr. 7/1998.

<sup>17</sup> Aif Nr. 29/1997.

<sup>18</sup> Kommersant Nr. 5/1998.

vor. Lingys hatte Erkenntnisse über die Verbindungen zwischen einer in Antwerpen registrierten Handelsfirma "M & S" ("Pantera") und Mitgliedern einer in Litauen aktiven kriminellen Gruppe, der sog. "Vilnius-Brigade" unter ihrem Chef B. Dekanidse gewonnen und wollte diese in einer litauischen Zeitung veröffentlichen. Diese Materialien und der Mord haben in den betroffenen Ländern zu deutlich intensiveren Bemühungen um den Gesamtkomplex OK geführt.

So wurde in den USA B. Najfeld Anfang 1994 verhaftet, der in engen Beziehungen zu der Antwerpener Firma stand und damals als Chef der "Russenmafia" in den USA galt; da er aussagewillig war, wurde ihm "Zeugenschutz" gewährt – vermutlich haben seine Aussagen ganz wesentlich das Arbeitsspektrum der damals gebildeten FBI-Task force bestimmt. Diese Aktivitäten führten im Juni 1995 zur Verhaftung von W. Iwankow, in dessen Unterlagen man auch Informationen über die "Familie der 11" fand. Bereits im Juni 1994 hatte A. Shilin in den "Moskovskie novosti" detailliert – im Zusammenhang mit der Ermordung des in die gleiche Richtung wie Lingys recherchierenden Moskauer Journalisten D. Cholodow – über kriminelle Geschäfte von Generälen der russischen Streitkräfte in Deutschland berichtet.<sup>19</sup> Seit diesem Zeitpunkt befaßte sich auch der belgische Journalist A. Lallemand mit dieser Thematik. Seine Artikel in der Brüsseler Zeitung "Le Soir" und sein im November 1996 erschienenes Buch (französische Fassung) haben wesentlich zur Verhaftung von S. Michajlow und wohl auch von B. Birshtejn beigetragen; das Buch ermöglicht wichtige Einblicke in das "Netzwerk zwischen Moskau, Berlin und New York". Bereits im Oktober 1995 hatten die amerikanischen Journalistinnen D. Elliott und M. Liu die Ergebnisse ihrer sorgfältigen Recherchen über die "globalen Aktivitäten der Russenmafia" veröffentlicht und dabei auf ein umfangreiches FBI-Dossier über die "Eurasische Mafia" hingewiesen.<sup>20</sup>

Da aufgrund der genannten Veröffentlichungen über W. Iwankow inzwischen sehr viel bekannt geworden ist, wird im folgenden beispielhaft über Aktivitäten von zwei anderen Mitgliedern der "Familie der 11" berichtet. Hinsichtlich Iwankows sollen zwei Punkte seiner Biographie erwähnt werden, die auf wichtige Zusammenhänge hinweisen. Anfang der achtziger Jahre gehörten zu seiner OKG u.a. die Brüder Kwantrischwili und W. Sliwa, der im Juli 1997 als Chef der "Russenmafia" in Kanada an Rußland ausgeliefert worden ist. Nachdem Iwankow im Februar 1991 eine Reduzierung seiner 14jährigen Haftstrafe um vier Jahre erreicht hatte, konnte er Anfang 1992 in die USA einreisen. Zu diesem Zeitpunkt verfügte er über einen von der Konsularabteilung des Außenministeriums ausgestellten Reisepaß und über ein von der Moskauer Botschaft der USA erteiltes Visum, wobei er freilich in seinem Antrag falsche Angaben gemacht hatte.<sup>21</sup>

---

<sup>19</sup> MN Nr. 24/1994. In dieser Wochenzeitung berichtete G. Afanas'eva Ende des Jahres über die Ermordung von V. Lingys (Nr. 50/1994).

<sup>20</sup> Newsweek vom 2.10.1995.

<sup>21</sup> LG Nr. 7/1998.



*Dshem*<sup>22</sup>

Vermutlich vor 1950 im Fernen Osten geboren, hat Dshem seit Ende der sechziger Jahre nahezu 20 Jahre in Lagern und Gefängnissen verbracht. Seine Position als "Dieb im Gesetz" war so stark, daß er ab Ende der achtziger Jahre eine ganze Reihe von "Dieben" unter seinen Einfluß bringen konnte; abweichend von der früheren Tradition sorgt er auch für die Krönung Nichtvorbestrafter zu "Dieben im Gesetz". 1990 richtete er auf der Amur-Insel Malajkin bei Komsomolsk, auf der Basis einer früheren Touristenstation, ein Musterlager ein, das sowohl Stabsquartier seiner Organisation als auch Ausbildungs- und Trainingslager für Jugendliche ist. Aufgrund der sehr schwierigen sozioökonomischen Lage von Komsomolsk bietet dieses Lager vielen Jugendlichen Beschäftigungs- oder attraktive Freizeitgestaltungsmöglichkeiten. Zur Stadtverwaltung besteht ein gutes Verhältnis, die Medien berichten überwiegend positiv. Anfang der neunziger Jahre beauftragte Dshem den ihm bekannten W. Podatjew, in Chabarowsk eine kommerzielle gesellschaftliche Organisation, die Assoziation "Edinstvo" zu gründen. Podatjew hatte zwar auch länger im Gefängnis gesessen, war aber nicht zum "Dieb" gekrönt worden. Diese Assoziation entfaltete bald enorme ökonomische Aktivitäten sowohl in Rußland (vor allem in den Gebieten Primorje, Magadan und Kamtschatka) als auch im Ausland (China, Japan, Südkorea). Außerdem hatte Dshem eine "Assoziation für die Rehabilitation und für Sozialhilfe von Strafgefangenen Sibiriens und des Fernen Ostens" gegründet, die später zur gesellschaftlichen Organisation "Sostradanie" umgewandelt wurde – Mitte 1997 stellte sich Dshem einem Mitarbeiter der "Izvestija" als Berater der Präsidentin dieser Organisation vor und lud ihn zu einem Besuch der Insel ein. Bemerkenswert ist, daß er sich wiederholt zu Genesungsaufenthalten im Ausland aufgehalten hat, zumeist in Begleitung seines Leibarztes Ju. Sokolow.

*Issajew, Andrej ("Rospis", "Raspisnoj")*<sup>23</sup>

Geboren am 21.6.1961 in Moskau, wurde Issajew als Jugendlicher wegen krimineller Delikte wiederholt zu Gefängnisstrafen verurteilt. Dort lernte ihn der dreißig Jahre ältere W. Busuluzkij, einer der Patriarchen der kriminellen Elite Rußlands, kennen und schätzen. In seinem Auftrag krönte Iwankow den Issajew zum "Dieb im Gesetz". Nachdem sich Issajew bereits im Gefängnis als russischer Nationalist profiliert hatte, rief er nach seiner Entlassung öffentlich zu einem "Kreuzzug gegen die Kaukasier" auf. Seine Gruppe wurde in den traditionellen Bereichen Prostitution, Waffen- und Drogenhandel aktiv und kontrollierte Geschäfte außer in Moskau auch in Polen, Ungarn, Österreich und Deutschland. Von den Folgen eines kurz vor den Herbstereignissen 1993 auf ihn verübten Anschlags erholte er sich erst in Moskau, dann in einer Spezialklinik in den USA – wo er sich als "Teilnehmer am Sturm auf das Weiße Haus" ausgab. Am 1.4.1994 kam es in Moskau erneut zu einem Attentat, das für seinen Leibwächter tödlich ausging. Issajew reiste wieder in die USA und hatte dort intensive Kontakte mit Iwankow. Als im Sommer 1995 ein in Moskau ermordeter Krimineller als

<sup>22</sup> Berichte über "Džem" in: LG Nr. 44/1997 und in: RG vom 27.9.1997, über "Pudel" in: LG Nr. 46/1995 und in: Iz vom 28.9.1995. Bei der Publikation zweier Interviews mit "Pudel", die in der ersten Jahreshälfte 1995 geführt worden sind, wurde in den Überschriften jeweils ausdrücklich betont, daß es sich bei ihm um eine "ehemalige OK-Autorität" handele: Aif Nr. 24/1995 und Megapolis-Ekspress Nr. 3-4/1995.

<sup>23</sup> Vek Nr. 43/1997 und Segodnja vom 24.7.1997.

Issajew identifiziert wurde, meldete sich Issajew bei einer Zeitungsredaktion. Bei einer am 13.6.1996 im südrussischen Rostow veranstalteten Konferenz der Führer von OKG saß Issajew im Präsidium; die Versöhnungsangebote führender kaukasischer Krimineller lehnte er ab. 1996/97 wurde er zweimal verhaftet, danach aber immer sofort wieder freigelassen – zu dieser Praxis heißt es später in einem Zeitungsbericht: "Die Moskauer Kriminalbeamten haben viele Jahre die Aktivitäten von A. Issajew mit Interesse verfolgt und ihn bei jeder günstigen Gelegenheit verhaftet." Für das Frühjahr 1997 gibt es einen Bericht über eine Reise Issajews nach Bratsk, wo er zwischen konkurrierenden OKG schlichtete. Anfang Juli 1997 traf er mit zehn Begleitern in Posen ein, wo sich die Zentrale einer russisch-ukrainischen OKG befinden soll. Beim Feuerüberfall einer anderen "slawischen" OKG wurden Issajew und sein polnischer Kollege Robert ("Rob") getötet. Bei Issajew fand man einen – gefälschten – polnischen Paß mit einem Dauervisum für Deutschland, bei Robert den Ausweis eines Mitarbeiters einer russisch-polnischen Schutzfirma.

Als Beispiel für die engen Verbindungen zwischen den oberen Etagen der OK Rußlands und den "Exekutoren", die für die Lösung aufgetretener Konflikte benötigt werden, soll auf den Fall des "Superkillers" A. Solonik eingegangen werden.

*Solonik, Aleksandr*<sup>24</sup>

Geboren 1960 in Kurgan/Ural, Anfang der achtziger Jahre Ausbildung in der Gruppe "S", einer Spezialformation der sowjetischen Streitkräfte in der DDR, danach Polizeidienst. Wegen Straftaten und Flucht aus dem Untersuchungsgefängnis mehrjährige Freiheitsstrafen. Als 1990/91 in Moskau unter der Patronage von S. Timofejew (Silwestr) die Kurgan-Brigade gebildet wurde, hat Solonik den Ausweis eines Mitarbeiters der Militärstaatsanwaltschaft des Gebiets Swerdlowsk. In den folgenden Jahren soll Solonik im Auftrag des "Führungszentrums" der Kurganer OKG A. Koligow, W. Ignatow und O. Neljubin sowohl O.Kwantrischwili, Kalina und Silwestr sowie die Anführer der Bauman-OKG Globus, Gitler und Bobon ermordet haben – insgesamt angeblich mindestens 15 Personen; einige Morde hat er nach seiner Verhaftung Ende 1994 zugegeben. Nachdem er bei einer Auseinandersetzung auf einem Moskauer Markt im Oktober 1994 sieben Personen erschossen hatte, wurde er verhaftet. Am 5.6.1995 gelang ihm die Flucht aus dem gut bewachten Gefängnis "Matrosskaja tischina", wofür seine OKG 1,5 Mio. US-Dollar bezahlt haben soll. Nachdem er sich zwei Monate in Moskau versteckt gehalten hatte, reiste er nach Athen, wo ihn ein führender Kopf der dortigen Russenmafia, S. Kaschljow, als "Chef der Kurgan-Mafia in Athen" akzeptiert und untergebracht haben soll – zu diesem Zeitpunkt sollen sich auch auffällig viele Mitarbeiter des stellvertretenden SBP-Leiters W. Strelezkij in Athen aufgehalten haben.

Ab September 1995 erhielt Solonik nach Aussagen seines Leibwächters häufig Besuche aus Moskau, die zu Reisen Soloniks vor allem nach Deutschland, Spanien und Italien – und zu

---

<sup>24</sup> Aif Nr. 22/1997; MN Nr. 21/1997; OG Nr. 7 und 17/1997; Ogonek Nr. 9 und 24/1997 sowie Nr. 5/1998. RG vom 6.2. und vom 12.9.1997 sowie Segodnja vom 27.5.1997. Im Zusammenhang mit A. Solonik haben die OK-Experten W. Rasinkin und A. Tarabrin darauf hingewiesen, daß es in jedem der zehn Geheim- und Spezialdienste Rußlands "...sehr kleine Elite-Unterabteilungen gibt, wobei die Spezifik ihrer Arbeit nur der obersten Führung des entsprechenden Organs bekannt ist." (RG vom 12.9.1997).

anschließenden Pressemeldungen über Anschläge auf russische Mafiosi führten. Nach einer anderen Darstellung hielt er sich am häufigsten – außer in Moskau und in den Gebieten Orenburg und Tjumen – in Singapur, Malaysia und Thailand auf. Die Höhe des Honorars für diese Auftragsmorde soll sich dabei nach dem ökonomischen Nutzen für den Auftraggeber gerichtet haben – und mitunter soll Solonik auch "aus ideellen Gründen" auf ein Honorar verzichtet haben. 1996 wurde Interpol ein "Fingerabdruck Soloniks" übermittelt, der sich als falsch erwies. Im November 1996 hielt sich Solonik in Moskau auf und lernte dort S. Kotowa – die "Miss Russia 96" kennen. Als Solonik kurz darauf auf dem Athener Flughafen die von ihm eingeladene Kotowa begrüßte, wurde dies von einem russischen Geheimdienstler gefilmt. Am 30.1.1997 wurde A. Koligow, der Chef der Kurgan-OKG, bei seiner Ankunft aus Brüssel in Moskau verhaftet. Zu diesem Zeitpunkt bemühten sich die Moskauer Machtministerien, Solonik in Griechenland dingfest zu machen – in den zuständigen Behörden wurden je zwei bis drei Beamte über das geplante Vorgehen informiert, eine Operationsabteilung setzte sich in Bewegung. Unmittelbar vor ihrem Eintreffen wurden Solonik und seine Begleiterin umgebracht. Wenig später wurden in Moskau nahezu 40 Mitglieder der Kurgan-OKG verhaftet, nach Einschätzung eines Vertreters der Moskauer Polizei "die erfolgreichste Operation der letzten Jahre". Im Frühjahr 1997 äußerten Offiziere der Hauptverwaltung für den Kampf gegen die OK gegenüber dem Journalisten G. Roshnow, daß Solonik mit Wissen der Kurgan-OKG im Auftrag politischer oder finanzieller Interessengruppen gehandelt habe. Zu diesem Zeitpunkt wird in einem Moskauer Zeitungsbericht, unter Berufung auf Soloniks Rechtsanwalt V. Karyschew, von einer "Opferliste" Soloniks berichtet. Sie enthalte zahlreiche Namen, wobei das Kriterium für ihren "Rang" das Ausmaß ihrer Schuld gegenüber der Bevölkerung Rußlands gewesen sei. Nachzutragen ist, daß der erwähnte O. Neljubin im Oktober 1997 in den Niederlanden verhaftet und an Rußland ausgeliefert wurde. Am 17.1.1998 wurden in der Krankenabteilung des Moskauer Gefängnisses "Matrosskaja tischina" sowohl O. Neljubin als auch sein Kurgan-Komplize Selenin ermordet aufgefunden.

### **3. Beispiele für zwielichtige Aktivitäten im Kontext der System-Mafia**

Es sollte nicht von einer Beauftragung der OK-Gruppen durch staatliche Organe allgemein gesprochen werden, sondern nur durch einzelne Vertreter der System-Mafia – bei denen es sich freilich um Angehörige staatlicher Organe handelt. Von der Sache her ist einleuchtend, daß nur einzelne Mitarbeiter und spezielle Sektoren staatlicher Organe eine entsprechende Zuständigkeit haben können, ggfs. könnten auch nur sie strafrechtlich belangt werden. Sicher dürften vielfach auch andere Abteilungen davon Kenntnis haben, solche Methoden billigen oder jedenfalls – im Falle des Erfolgs durchgeführter Operationen – davon profitieren. Bei der Ausarbeitung einer Strategie für die Zusammenarbeit mit der OK kann auf entsprechende Erfahrungen in früheren Jahrzehnten, die bei speziellen Missionen im In- und Ausland gemacht worden sind, zurückgegriffen werden. Dies schließt auch Aktivitäten zur Einschüchterung oder Neutralisierung innenpolitischer Gegner, Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Straflagern und Verbannungszonen sowie das Inszenieren von Konflikten zwischen OK-Gruppen zum Zweck ihrer gegenseitigen Schwächung ein. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die seit den sechziger Jahren aktiven

"Sturmtrupps zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung", die "Drushiny", sowie die in den achtziger Jahren geförderten "Illegalen Geheimkommandos" und jugendlichen Schlägertrupps in verschiedenen Großstädten der Sowjetunion, forciert offenbar in Moskauer Vorstädten, die gegen unerwünschte soziale und kulturelle Erscheinungen in Moskau vorgehen sollten.

Um die Instrumentalisierung von Teilen der OK durch Vertreter der Staatsmacht im sicherheitspolitischen Kontext verstehen zu können, ist die Einbeziehung dieses "politischen Faktors" in der Vergangenheit hilfreich. Bereits Ende der dreißiger Jahre wies K. Albrecht aufgrund seiner in der Sowjetunion gemachten Erfahrungen auf zahlreiche "Kriminalverbrechen als Kampfmittel des Bolschewismus" hin. Besonders beeindruckten ihn Fälle der Zusammenarbeit von Polizeibehörden mit jugendlichen Landstreichern, die Privatwohnungen begüterter Bürger zum Ziel hatten. Seine Analyse der Ursachen des großen Potentials dieser Kriminellen: "Solange für die Jugendlichen kein Anreiz besteht, sich durch ein geordnetes, arbeitsames Leben eine glückliche Zukunft erkämpfen zu können, solange werden große Teile der Jugend immer wieder auf Abwege geraten..." Und seine daraus abgeleitete Prognose dieses Phänomens: "Die verwahrloste und verkommene Berufs-Verbrecher-Jugend der UdSSR wird in Zukunft nicht nur innerhalb der Sowjetunion, sondern darüber hinaus für ganz Europa eine akute Gefahr bedeuten."<sup>25</sup>

Derartige Einschätzungen wurden damals von der NS-Propaganda eifrig im Zusammenhang mit den Vorbereitungen für den Überfall auf die Sowjetunion genutzt. Diese Tatsache sollte aber nicht davon abhalten, bestimmte Methoden der späteren Sowjetunion in der Tradition konkreter historischer Vorläufer zu sehen. Der 1978 in die USA emigrierte sowjetische Publizist E. Topol hat in seiner 1995 publizierte Erzählung "Jagd auf die Russenmafia" auf interessante Zusammenhänge hingewiesen.<sup>26</sup> Auf den Stationen seiner Emigration in Wien, Rom und dann in den USA war ihm eine größere Zahl von Kriminellen unter den jüdischen Emigranten aufgefallen. Als er – vermutlich 1981/82 – einen Artikel "Wie sich der KGB am amerikanischen Kongreß gerächt hat" – veröffentlichen wollte, ist ihm von interessierter jüdischer Seite nachdrücklich der Verzicht auf die Publikation des Artikels empfohlen worden, um nicht den Fortgang der jüdischen Emigration aus der Sowjetunion zu gefährden. Topol erwähnt, daß das FBI seit Anfang 1983 ebenfalls in diese Richtung Ermittlungen anstellte. Gleichzeitig erinnert er daran, daß damals die KGB-Konzeption auf die "Zerstörung der Grundlagen der liberal-demokratischen Institute des Westens" orientiert war und ausdrücklich auch die Förderung des Terrorismus guthieß. Vor diesem Hintergrund müsse die damals von R. Reagan unterschriebene Direktive "Kampf gegen den Terrorismus, der von ausländischen Staaten unterstützt wird" gesehen werden. Zu den düsteren Prognosen Albrechts passen Äußerungen eines KGB-Offiziers, die in einem 1994 erschienenen Buch wiedergegeben werden.<sup>27</sup> Dort wird zunächst ausgeführt, daß der Westen die Bemühungen des KGB um den Kampf gegen OK und Terrorismus Ende der achtziger Jahre nicht honoriert und die Sowjetunion immer noch als das "Imperium des Bösen" betrachtet habe. Aufgrund

---

<sup>25</sup> Albrecht, S. 547.

<sup>26</sup> Topol, S. 19, 28, 79, 125.

<sup>27</sup> Podlesskich/Terešonok, S. 39, 233.

des von außen inszenierten Bruchs zwischen Gorbatschow und Jelzin und des daraus resultierenden Zusammenbruchs der UdSSR seien die Bemühungen des KGB zunichte gemacht worden. Die Folge: "...so bekommt ihr jetzt einen kriminellen Staat und eine Mafia, die auf den Trümmern der Großmacht triumphiert!" Und eine massive Drohung des KGB-Offiziers an die Adresse des Westens: "Wenn die 'Diebe im Gesetz' demnächst Wahlen der Senatoren und des Präsidenten der USA kontrollieren werden, wird der Westen begreifen, was ihn dieser Sieg gekostet hat."<sup>28</sup> Die beiden Buchautoren räumen am Schluß ein, daß alle Geheimdienste in der Sowjetunion zum Erstarken krimineller Strukturen beigetragen haben, und daß gegenwärtig aufgrund von Vereinbarungen zwischen OKG verschiedener Länder eine reale Gefahr für die Weltgemeinschaft bestehe – von daher leiten sie eine besondere Funktion der heutigen Geheimdienste Rußlands ab: "Die Staatssicherheit des neuen demokratischen Rußland muß ihre 'historische Sünde' gutmachen und der OK ihre Grenze zeigen – dies ist eine Verpflichtung gegenüber der Welt-Zivilisation."

Sicher ist davon auszugehen, daß die Beauftragung krimineller Gruppen durch Vertreter der System-Mafia zu bestimmten Schemata dieser Organisationen führen, für die mehrere Ebenen und Funktionsbereiche kennzeichnend sind. Nur ausnahmesweise gelingt es freilich, diese Strukturen und die Auftraggeber aufzudecken. Als Beispiel kann auf die offenbar weltweit tätigen Holdings "Assoziation XXI. Jahrhundert" und "Sistema",<sup>29</sup> auf die früher in West- und Mitteleuropa aktive Gruppe "Pantera"<sup>30</sup> sowie auf den "Nationalen Sportfonds" hingewiesen werden.<sup>31</sup> Als Versuche zur Schaffung solcher OK-Schattenstrukturen sind die Konzerne "Promëkologija"<sup>32</sup> und "ElRoss" (Samara)<sup>33</sup> zu nennen.

<sup>28</sup> Für die Wahrscheinlichkeit solcher Bemühungen spricht beispielsweise die Affäre um Spendengelder von G. Lučanskij für den letzten Wahlkampf Clintons (Kommersant Nr. 6/1997). Über die Konzeption sowjetischer Geheimdienste, mit Hilfe von "Einflußagenten" – freilich im Kontext anderer Maßnahmen – die Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse anderer Länder zu beeinflussen, hat auch der frühere KGB-Oberst L. Bansin in einem Interview berichtet (Vek Nr. 20/1997).

<sup>29</sup> Im Zusammenhang mit der "Assoziation XXI vek", einer "der größten kommerziellen Organisationen Rußlands", die nach Überzeugung des FBI als Zentrum der OK Rußlands zu betrachten ist, wurden die Namen von O. Kvantrišvili, I. Kobzon, A. Tochtachunov (Tajvan'čik), A. Kikališvili und P. Bure genannt. Über die außerordentlich erfolgreiche Geschichte der 1993 gegründeten Korporation "Sistema", zu deren Genese S. Michajlov beigetragen hat, berichtet in einem Interview deren Präsident E. Novickij (RG vom 25.4.1998).

<sup>30</sup> Über die Aktivitäten des Firmenverbunds "Pantera" und seiner Partnerfirmen M & S sowie MAB liegt nach zahlreichen Vorarbeiten auch russischer Publizisten eine umfangreiche Darstellung von A. Lallemand vor.

<sup>31</sup> Über diese Organisation als "Krake" hat Z. Mil'man 1996 in der Zeitschrift "Ogonek" ein detailliertes und vermutlich weitgehend zutreffendes Dossier veröffentlicht. Hervorzuheben ist die Erwähnung des – sonst nicht auftauchenden – "Paten" dieser Organisation, eines gewissen Janovskij. Er ist sowohl der Gründer (1990) als auch einer der Bestatter dieser Organisation (1996) gewesen; in der folgenden Personenübersicht ist S. Tarpiščev als erster Präsident des NFS berücksichtigt worden.

<sup>32</sup> 1992 durch einen Präsidentenerlaß gegründet, wurde diese Organisation bereits im Jahr darauf wieder liquidiert, nachdem ihre kriminellen Aktivitäten im Finanzsektor bekanntgeworden waren. Trotzdem war sie nach verschiedenen Hinweisen auch in der Folgezeit noch aktiv.

<sup>33</sup> Erst im Oktober 1996 wurden Einzelheiten über eine in Samara ansässige AG "ElRoss" bekannt. Die 1992 gegründete Firma war für Abrechnungen zwischen 200 Betrieben des MIK mit Gazprom und mit der AG EE S zuständig, außerdem für Teile des Černomyrdin-Gore-Programms (seegestützter Start von Raumschiffen), für das Management der Steuerbefreiung der Russischen Kosmos-Agentur und der Waffenexportgesellschaft "Rosvooruzenie"; noch am 13.8.1996 war "ElRoss" die Schuldenregulierung eines Staates gegenüber Rußland übertragen worden (Novaja gazeta Nr. 37/1996).

Im folgenden wird der Versuch unternommen, einige Beispiele für zwielichtige Aktivitäten im Kontext der System-Mafia vorzustellen.

*Birshtejn, Boris*<sup>34</sup>

Im Einvernehmen mit Verwaltern des KP-Vermögens, insbesondere A. Krutschina, sowie in Abstimmung mit der Polizeiverwaltung Moskaus (P. Bogdanow) war er 1989 bei der Gründung der Firma Sovkuvajtinženiring beteiligt und gründete Anfang 1990 in Genf die Firma "Seabeko". Diese Firma hat in der Folgezeit in mehreren Nachfolgestaaten der Sowjetunion eine große Rolle bei undurchsichtigen Transaktionen gespielt; die ursprüngliche Adresse von "Seabeko" hat mit derjenigen der Moskauer Hauptverwaltung für Inneres übereingestimmt (Petrowka, 19). Bei seinen häufigen Aufenthalten in Moskau hat er auch Angehörigen der obersten Führungsschicht größere Devisenbeträge zukommen lassen bzw. ihnen diese im Ausland zur Verfügung gestellt. Entsprechende Belege verschaffte sich D. Jakubowskij; sie führten zu Jelzins Entscheidung, die Generäle Barannikow und Dunajew zu entlassen. Diese Dokumente, aus denen sich nach Darstellung von S. Filatow der "Geldumlauf zwischen staatlichen, Aktionärs- und kommerziellen Strukturen" ergab, sollen Jelzin stark beeindruckt haben. Die – angeblichen – kommerziellen Kontakte des Vizepräsidenten A. Ruzkoj zu Birshtejn haben wesentlich zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Jelzin und Ruzkoj beigetragen. Nachdem sich Birshtejn einem zwischen ihm und Jakubowskij 1993 anhängigen Vermögenskonflikt entzogen hatte, konzentrierte er sich auf seine Aktivitäten in der Schweiz und in den Benelux-Staaten, wo er an der Antwerpener Firma "MAB International" als einer der drei Gründer (neben Michajlow und Awerin) beteiligt war. Anfang 1997 wird Birshtejn in Zürich verhaftet und "Seabeko" geschlossen.

*Tschernoj, Michail*<sup>35</sup>

Tschernoj, der bis Ende der achtziger Jahre als Laborleiter in Taschkent gelebt und vermutlich bereits dort Kontakte zu dem unionsweit bekannten Kriminellen Tajwantschik hatte, und sein Bruder Lew hielten sich seit Beginn der neunziger Jahre abwechselnd in Moskau, Israel, Großbritannien, den USA und in Venezuela auf; nach FBI-Angaben unterhielten sie Kontakte zu einer "OK-Gruppe in Brooklyn", wobei es sich um die dortige "Russenmafia" gehandelt haben dürfte. Beide haben seit 1992 Kontakte zur "Trans World Group", die damals eine eher kleine Firma war, Anfang 1997 dann aber den dritten Platz unter den weltweit operierenden Aluminium-Firmen innehatte. Hinter dieser Gruppe stand die Londoner Firma TW Metals Ltd.; später hatte die im Namen der Brüder Tschernoj in Monaco registrierte Offshore-Firma Trans CIS Commodities Ltd. eine ähnliche Funktion. M. Tschernoj hatte gute Kontakte zu den kriminellen Autoritäten Tajwantschik, Iwankow und Tjurik sowie zu Vertretern der Moskauer OK-Gruppen "Ismajlowo" und "Podolsk". Gleichzeitig hatte er gute Beziehungen zum damaligen Jelzin-Intimus S. Tarpischtschew, da TWG

---

<sup>34</sup> Kučerenco, S. 17, 132ff. Aif Nr. 45/1994 und Nr. 9/1995; MN Nr. 17/1995; OG Nr. 4/1997; Sobesednik Nr. 41/1994. Anfang 1992 erwähnte A. Vol'skij in einem Interview, daß ihn Mitte 1990 Birštejn und ein KGB-Oberst Veselovskij aufgesucht und ihm dubiose Geschäfte – im Auftrag von A. Kručina – vorgeschlagen hätten (MN vom 1.3.1992 – nach Kučerenco, S. 17).

<sup>35</sup> OG Nr. 27/1996 und Nr. 2/1997 sowie Nr. 2/1998. Iz vom 6.3.1997; NZZ vom 18.3.1997; NG vom 28.2.1991.

die Moskauer Tennistourniere "Kreml-Pokal" und "Bolschaja schljapa" sponserte. Tschernoj brach im Herbst 1997 endgültig mit der TWG und machte sich an den Aufbau eines eigenen finanzpolitischen Imperiums, als dessen Grundlage der "Verband Metall-Ressource" (mit Betrieben auch in der Ukraine, in Kasachstan und in Tadschikistan) und seine in Liechtenstein registrierte Firma "TW Holdings Ltd." (mit Anteilen an der westsibirischen Ölindustrie) fungierten. Damals zirkulierte in Moskau eine anonyme Studie über die "Spaltung der TWG", die Regierung und Geschäftskreise vom Bruch zwischen den Brüdern Tschernoj überzeugen sollte, die sich beide überwiegend in Israel aufhielten. Im Unterschied zu seinem Bruder wurde Michail als Exponent russischer nationaler Interessen dargestellt, der für umfassende Investitionen in Rußland sorgen sowie Regierung und Rechtsschutzorgane unterstützen wollte. Sein schlechtes Image wird auf Aktivitäten britischer und russischer Geheimdienste sowie korrupter Kreise der Polizei und der Staatsanwaltschaft Rußlands zurückgeführt.

*Drogusch, Sergej*<sup>36</sup>

1964 im Gebiet Magadan geboren, studierte er ab Anfang der achtziger Jahre am Moskauer Bergbauinstitut, entfaltete aber bald schon größere kommerzielle Aktivitäten, für die ihm nach seiner Darstellung Bankkredite zur Verfügung gestellt wurden. 1985 gründet er eine "Assoziation zur Unterstützung des Unternehmertums", in die vor allem Landsleute aus Sibirien aufgenommen wurden und die sich primär mit dem Verkauf von Spielautomaten befaßte. 1989 wandelte Drogusch diese "Assoziation" in die kommerzielle Wissenschafts- und Produktionsorganisation (NPKO) "Internationale Assoziation der Menschen des Nordens" (MALS) um. Eine der später 50 dazugehörenden Firmen war die im November 1991 von der Zentralbank lizenzierte Bank "Rossija – MALS", die im folgenden Jahr – neben anderen Banken – im Zusammenhang mit den "Tschetschenischen Aviso" aktiv wurde. Ende Dezember 1993 wurde Drogusch verhaftet. Nachdem die Generalstaatsanwaltschaft das Ergebnis ihrer Ermittlungen dem zuständigen Gericht übergeben hatte, wurde Drogusch gegen Kautions freigelassen; in der Folgezeit haben die Behörden wiederholt auf diesen unabgeschlossenen Fall zurückgegriffen. Die ökonomischen und politischen Aktivitäten von Drogusch entwickelten sich 1995 sehr erfolgreich – unter den Firmen von "MALS" befanden sich auch JV in mehreren GUS-Staaten, im übrigen Europa und in den USA. Drogusch erwarb die Fernsehrechte an einem von einer deutschen Firma in Tiraspol gedrehten Film über General Lebed, der vor der Dezember-Wahl 1995 ausgestrahlt wurde. Drogusch selbst konnte sich bei dieser Wahl nicht gegen N. Gontschar im Moskauer Zentralen Wahlkreis durchsetzen. Anfang Juli 1996 schlug Drogusch der Verwaltung des Sicherheitsrats Rußlands vor, als Vermittler im Tschetschenienkrieg aktiv zu werden, da er die dortigen Verhältnisse und eine Reihe einflußreicher Personen gut kenne. Lebed ernannte daraufhin Drogusch zum "gesellschaftlichen Assistenten" des Sicherheitsrats. Innenminister Kulikov benutzte später bei seinen Attacken gegen Lebed und die getroffenen Vereinbarungen über den Waffenstillstand (31.7.96) den Einsatz von Drogusch als "Beleg" für die Unseriosität der geführten Verhandlungen. Das im Oktober 1996 gegen Drogusch eröffnete

---

<sup>36</sup> MN Nr. 50/1996; Iz vom 9.10.1996; NG vom 30.8.1997.

Wiederaufnahmeverfahren – wegen der 1992 erfolgten finanziellen Transaktionen – wurde nach wenigen Minuten unterbrochen.

*Jakubowskij, Dmitrij*<sup>37</sup>

D. Jakubowskij ist als "Held der Großen Nomenklaturrevolution" und als "Superminister der russischen Geheimdienste" bezeichnet worden; verschiedene politische und finanzpolitische Kreise der Sowjetunion und Rußlands haben ihn wiederholt für ihre spezifischen Interessen eingesetzt, bei Bedarf dann jeweils ins Ausland abgeschoben. Aufgrund einer dreiteiligen Fernsehserie, die NTV Ende 1994 ausstrahlte, ist er in Rußland bekannter als die meisten anderen hier vorgestellten Personen. Seinen ersten größeren Sonderauftrag erhielt er 1989 im Zusammenhang mit der Regelung sowjetischer Eigentumsansprüche in der DDR. Gorbatschow hat die sehr weitgehenden Vorschläge Jakubowskij's abgelehnt und ihn entlassen. Die Beziehungen Jakubowskij's und seines Bruders zu B. Birshtejn und M. Hattendorf bzw. zu deren Firmen "Seabeko" und "Agrochim" führten Ende 1990 dazu, daß Jakubowskij "auf Druck hoher sowjetischer Politiker" das Land verließ. Anfang 1992 kehrte er zurück und wurde von General Kobez führenden Politikern im Weißen Haus empfohlen. Da ihn die meisten ohnehin aus sowjetischer Zeit kannten, wurde er mit verschiedenen Aufgaben betraut. Nach Rücksprache mit Präsident Jelzin entschied Sicherheitsminister Barannikow, daß Jakubowskij den Status eines "Bevollmächtigten Vertreters der Rechtsschutzorgane und der Geheimdienste" erhalten sollte – alle in Frage kommenden Minister führten daraufhin mit Jakubowskij Gespräche und unterschrieben seinen Dienstausweis. Die dubiosen Geschäfte Jakubowskij's führten dazu, daß er seine Sonderstellung verlor und zur Ausreise in die USA gedrängt wurde. Mitte 1993 kehrte er nach Moskau zurück und arbeitete eine "Konzeption zur Überwindung der politischen Krise" aus. Im Herbst fuhr er nach Kanada und widmete sich seinem Privatleben, stellte Iljuschenko aber auch Belastungsmaterial gegen Vizepräsidenten A. Ruzkoj zur Verfügung. Anfang 1994 kehrte er nach Moskau zurück, wollte seine "Vergangenheit begraben" und nur noch als Leiter einer Rechtsanwaltskanzlei arbeiten. Seine Beratungstätigkeit für zehn Banken und sonstige Aufträge führten in keinem einzigen Fall zu einem Auftreten Jakubowskij's vor Gericht, vielmehr regelte er alle Fälle außergerichtlich. Seine Honorare sollen dafür ausgereicht haben, die Mietkosten für eine Etage des Hotels "Metropol" (400.000 US-Dollar pro Jahr) und für die früher vom KGB-Chef Krjutschkow bewohnte Villa (300.000 US-Dollar) aufzubringen. Besonders gute Verbindungen hat Jakubowskij zur Moskauer Polizeiverwaltung und ihrem Chef General Pankratow gepflegt, die auch für den persönlichen Schutz Jakubowskij's zuständig waren. Nach anderen Quellen war ihm allerdings dieser Schutz von einem Geheimdienst unmittelbar bei seiner Einreise "zur Verfügung gestellt" worden, und erst zwei Wochen vor der Verhaftung erfolgte eine Auswechslung des Personals. Ende Dezember 1994 wurde Jakubowskij im Zusammenhang mit dem Diebstahl wertvoller Handschriften aus der Petersburger "Russischen Nationalbibliothek" verhaftet und im Frühjahr 1997 zu einer vierjährigen Gefängnisstrafe verurteilt.

---

<sup>37</sup> Aif Nr. 45 und 47/1994; LG Nr. 5/1995 und Nr. 23/1997; OG Nr. 6 und Nr. 10/1995 sowie Nr. 12/1996; So-besednik Nr. 35 und 41 sowie Nr. 36/1995.



*Kobson, Iosif*<sup>38</sup>

1937 geboren, in ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen, mit 20 Jahren die ersten Konzerte als Sänger. Den Vorschlag, seinen Namen russifizieren zu lassen, lehnte er ab. 1973 wurde er Mitglied der KPdSU, zehn Jahre später konnte er, durch Vermittlung der KP Israels, eine erste Gastspielreise durch Israel unternehmen. Offenbar war er bereits zu diesem Zeitpunkt mit S. Kalmanowitsch befreundet, darüber hinaus – Ende der achtziger Jahre – mit führenden Vertretern der kriminellen Unterwelt der damaligen Sowjetunion O. Kwantrischwili, W. Iwankow und Tajwantschik sowie mit den kriminellen Autoritäten Globus und Kalina. Um 1990 dürfte die Firma "Moskovit" gegründet worden sein, die sich rasch zu einer großen Holding mit vier selbständigen Zweigen entwickelt, sowie etwas später, zusammen mit S. Kalmanowitsch, die im Arzneimittelsektor tätige Firma "Liat Natali". Nach eigener Darstellung unterstützte Kobson Jelzin zu einem Zeitpunkt, als dieser seine politischen Funktionen verloren hatte, vermutlich also 1988/89; Mitte 1991 unterhielt er gute Beziehungen zum Verteidigungsminister P. Gratschow. Auf seine Initiative führt Kobson zurück, daß es 1991 zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Sowjetunion kam. Aufgrund der guten Beziehungen Kobsons zum Moskauer Bürgermeister Lushkow und zu den dortigen Polizeibehörden agierte Kobson während der Herbstkrise 1993 als Vermittler zwischen Jelzin und den Parlamentsbesetzern; im Interesse der Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse soll er zu diesem Zeitpunkt einen "historischen Kompromiß" zwischen der Staatsführung und der kriminellen Sphäre vorgeschlagen haben.

Die Verdächtigungen gegenüber der Person Kobsons als "Bankier der russischen Mafia" haben mit seiner Funktion als Präsident des ominösen Schattenimperiums "Assoziation XXI. Jahrhundert" (gegründet 1990) zu tun, die er bis 1994/95 innehatte. Über die Struktur und die Ziele dieser Organisation ist nahezu nichts bekannt. Nach einem 1995, nach der Verhaftung von W. Iwankow, erschienenen Artikel in der "Washington Times" konnte Kobson nicht mehr in die USA einreisen. Sowohl nach der Ermordung von O. Kwantrischwili (April 1994) als auch nach der Verhaftung von W. Iwankow (Juni 1995) erschienen in amerikanischen Zeitungen Berichte, die die kriminellen Beziehungen Kobsons darlegten. Als er sich im August 1995 mit seiner Familie in Israel aufhielt, wurde er von einer dort erscheinenden Zeitung als "Außenminister der russischen Mafia" bezeichnet; in einer mehrstündigen Pressekonferenz hat er versucht, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückzuweisen. Außer den USA haben danach auch andere Länder Kobson keine Einreisevisa mehr ausgestellt. Die politische Führung Rußlands hatte damals keine einheitliche Einstellung gegenüber Kobson: Während Jelzin und die damaligen Sicherheitschefs Korshakow und Barsukow auf Distanz zu ihm gingen, entwickelte er gute Beziehungen zu Tschernomyrdin und den Parlamentsabgeordneten M. Guzerijew (LDPR), S. Goworuchin und B. Gromow; im Rahmen der Wählervereinigung "Moje otečestvo" bemühte sich Kobson im Dezember 1995 um einen Duma-Sitz – vergeblich. Im September 1996 stellten das Innenministerium, der Inlandsgeheimdienst FSB und die Generalstaatsanwaltschaft Kobson einen "Persilschein" aus – es liege nichts gegen ihn vor; gleichzeitig wurde an das Außenministerium Rußlands

---

<sup>38</sup> Aif Nr. 49/1995 und Nr. 20/1998; Kommersant Nr. 16 und 34/1997; MN Nr. 37/1997; OG Nr. 15, 27 und 46/1995; Ogonek Nr. 15/1995; Vek Nr. 35/1996 und Nr. 34/1997.

appelliert, die Rechte Kobsons in den USA, in Deutschland und in Bulgarien zu verteidigen. Die Einreise nach Israel wurde ihm – wenn auch mit mehrstündiger Verzögerung – 1996 erlaubt. Anfang 1997 war Kobson einer der Begründer der Moskauer "Landmannschaft der Menschen aus dem Donbass". Als das einjährige Jubiläum dieser Organisation im "Theater der Russischen Armee" gefeiert wurde, waren unter den Gästen auch die früheren KGB-Generäle W. Semitschastnyj und F. Bobkow. Zwischen April und September 1997 gab er "Abschiedskonzerte" in allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion (außer in Usbekistan), das letzte am 14. September in Moskau, bei dem Tschernomyrdin die Laudatio hielt; es wurde in ganzer Länge vom Fernsehsender RTR landesweit ausgestrahlt. Am gleichen Tag wurde er im Autonomen Gebiet Burjat-Aginsk (Gebiet Tschita) mit großer Mehrheit zum Duma--Abgeordneten gewählt, wobei finanzielle Zusagen und sonstige Versprechungen den Ausschlag gegeben haben dürften. Da er immer noch kein Visum für die Einreise in die USA erhalten hatte, startete er im Frühjahr 1998 eine Initiative, um ein "Gesetz zur Verteidigung der Ehre und Würde des Staatsbürgers Rußlands" beschließen zu lassen; ein spezieller Fonds soll entsprechende Aktivitäten finanzieren. Diese Initiative richtet sich vor allem gegen eine "Schwarze Liste", die 1997 in den USA erstellt worden ist. Sie enthält – auf der Grundlage der vom russischen Innenministerium bereitgestellten Daten – die Namen früherer sowjetischer Staatsbürger, die nicht in die USA einreisen dürfen.

*Konanychin, Aleksandr*<sup>39</sup>

Geboren 1966, studierte ab 1983 am Moskauer Physikalisch-technischen Institut (MFTI), übernahm die Leitung einer "Studentischen Baubrigade" in Moskau, wurde wegen überhöhter Löhne aus dem Komsomol ausgeschlossen und relegiert; aufgrund des Ende 1986 in Kraft getretenen Genossenschaftsgesetzes konnten die Bauarbeiten wieder aufgenommen werden. Durch Immobilienhandel, Banken- und Börsengründungen verfügte Konanychin 1992 über 102 Betriebe und ein Vermögen von 300 Mio. US-Dollar; diese Angaben dürften überzeugend belegen, daß er als Strohhalm eingesetzt worden ist. Bereits 1990 und 1991 war er in der Lage, die Wahlkämpfe Jelzins zu finanzieren, wofür sich Jelzin mit der Einladung zu seiner ersten USA-Reise (Juli 1992) und mit der Bereitstellung einer repräsentativen Villa bedankte (diese war zunächst für Gorbatschow geplant, später wurde sie von Tschernomyrdin bewohnt). Konanychin gründete als nichtkommerzielle Organisationen den "Russischen Dienst für nationale Sicherheit" und die "Russische Untersuchungsagentur", in denen vor allem ehemalige KGB-Mitarbeiter angestellt wurden; diese Organisationen sorgten auch für den persönlichen Schutz Konanychins. Er schuf die materielle Basis für ein "Programm zur Rehabilitierung von Strafgefangenen", finanzierte u.a. den Bau des Moskauer Planetariums und eines Denkmals für Kyrill und Method. Als Konanychin aufgrund festgestellter Unregelmäßigkeiten in seiner wichtigsten Bank "Vserossijskij KB" eine Revision verlangte und diese nicht durchsetzen konnte, wandte er sich an die Ministerien für Inneres und Sicherheit, ohne eine Antwort zu erhalten. Am 2.9.1992 wurde er in seiner Budapester Wohnung von angeblichen Mitarbeitern des ungarischen Geheimdienstes überfallen, die von ihm die Überschreibung der Aktien seiner wichtigsten Betriebe auf andere Personen verlangten; er konnte mit seiner Frau nach New York fliehen. Von dort aus bat er die Zentralbank Rußlands und die Moskauer Stadtverwaltung umgehend, für die Unversehrtheit aller Aktien zu sorgen, nannte auch die Namen einiger höherer Beamter, die in Finanzmanipulationen verwickelt sein sollen – eine Antwort erhielt Konanychin nicht.

Für 300.000 US-Dollar kauften die Konanychins eine Wohnung im "Watergate"-Komplex und wurden direkte Nachbarn von Bob Dole; der FBI ging zu diesem Zeitpunkt bereits von Kontakten zur "Russenmafia" in New York aus. Im Juli 1993 appellierte Konanychin ein letztes Mal an Jelzin persönlich, ohne eine Antwort zu erhalten – dafür suchten ihn Vertreter der Militärstaatsanwaltschaft und des Sicherheitsministeriums auf. Nachdem diese Untersuchungen aufgrund der Herbstereignisse eingestellt worden waren, ersuchten ab April 1994 erst die Militärstaatsanwaltschaft und später dann Generalstaatsanwalt Iljuschenko die amerikanischen Behörden um die Auslieferung Konanychins. Zwei Monate später wurden die Konanychins von der Einwanderungsbehörde verhaftet, da sie falsche Angaben gemacht hatten; die Bitte um Gewährung politischen Asyls wird abgelehnt. Anfang 1997 bat Konanychin den litauischen Botschafter in den USA um politisches Asyl in Litauen, ebenfalls erfolglos. Anfang 1998 wohnte er unverändert in Washington; er hat die amerikanische Einwanderungsbehörde auf Schadenersatz von 100 Mio. US-Dollar verklagt, weil er aufgrund unzutreffender Behauptungen ein Jahr in Untersuchungshaft verbringen mußte. Außerdem

---

<sup>39</sup> Podlesskich/Terešonok, S. 208f; LG Nr. 6/1997; Iz vom 3.12.1996.

verlangte er von der Moskauer Zeitung "Izvestija" wegen Verleumdung 176 Mio. US-Dollar Schadenersatz.

*Korotkewitsch, Petr*<sup>40</sup>

Geboren in Tbilissi, beschäftigt in einem Betrieb des MIK, – für seine "Konzeption der strategischen Verteidigung" ließ sich Gorbatschow nicht interessieren. Im Mai 1991 registrierte er in Moskau die Firma "Korben International", die auch die Berechtigung zu außenwirtschaftlichen Aktivitäten einschließlich sogenannter "Großprojekte" erhielt; in späterer Zeit erschien als Firmenname "International Consulting Company". Am 19. und 20. August 1991 hielt er sich im "Weißen Haus" auf und lernte dort den Journalisten Ju. Schtschekotschichin kennen. Auf der Grundlage der von Korotkewitsch mitgeteilten Informationen veröffentlichte der Journalist einen damals erhebliches Aufsehen erregenden Report über die Mafia. Der stellvertretende Premier O. Lobow wurde durch diesen Artikel auf Korotkewitsch aufmerksam und unterbreitete einige von Korotkewitsch geäußerte Vorschläge Präsident Jelzin. Am 12. November 1991 wurde der "Expertenrat bei der Regierung" eingerichtet, dessen Vorsitzender Lobow war. Korotkewitsch fungierte als sein Stellvertreter; er erhielt als Arbeitszimmer das frühere Büro von Gorbatschows Kanzleichef Boldin zugeteilt. Korotkewitsch gab sich als ziviler "Generaloberst der Geheimdienste" aus, der freundschaftliche Beziehungen zu Jelzin und Lushkow habe. In einem an Gajdar gerichteten Brief sprachen frühere Kollegen Korotkewitschs ihm jegliche wissenschaftliche Qualitäten ab, in die gleiche Richtung zielten Briefe von Mitgliedern der AdW an Jelzin und die Regierung. Als der "Expertenrat" dem Präsidenten unterstellt wurde, verlor Korotkewitsch seinen Posten.

Obwohl 1993 die Firmen "Korben International" und die angeschlossene Bank "Korbeninvestbank" ca. 500 Mio. Rubel veruntreuten, finanzierte die Firma Auslandsreisen Korotkewitschs im zweiten Halbjahr 1993 mit einem Betrag von 100.000 US-Dollar. Nach erfolgtem Bankrott bat er die Zentralbank um größere Kredite, da er nur so die von ihm übernommenen Verpflichtungen im Rahmen des "Lebensmittelprogramms Moskaus" erfüllen könne. Im folgenden Jahr ließ er in den USA seine Firma "Korben international industrial and financial corporation" registrieren, die Ende 1995 – nach erfolgter Genehmigung durch das Ministerium für Außenhandelsbeziehungen – eine Filiale in Moskau eröffnete. Zum Jahresende 1995 überstürzten sich die Ereignisse. Korotkewitsch verkaufte seine Bank – ein erstes Mal, einige Monate später ein zweites Mal. Er mußte seinen Sonderausweis für den Kremlzutritt abgeben und konnte auch nicht mehr direkt mit Beamten im Kreml telefonieren. Gleichzeitig akzeptierte das Staatskomitee für Vermögen (GKI) den zwischen Korotkewitsch und der Moskauer Firma "Kristall" geschlossenen Vertrag über den Kauf und die Verarbeitung von Diamanten. Die Firma "Kristall" befand sich zum damaligen Zeitpunkt aufgrund des Debakels der Mutterfirma "Golden ADA" in einer so ungünstigen Lage, daß der Betriebsdirektor die getroffene Vereinbarung als rettenden Strohalm betrachten mußte. Nachdem Anfang 1996 eine Vereinbarung getroffen wurde, die die Belieferung Korotkewitschs mit einer großen Menge von Rohdiamanten (500.000 Karat) vorsah, erkundigte sich Korotkewitsch bei 38 westlichen Firmen, ob sie an entsprechenden Ge-

---

<sup>40</sup> Aif Nr. 48/1994; Megapolis-Ekspress Nr. 26 und 37/1996 sowie Nr. 43/1997.

schäften interessiert seien. Da die neue Leitung von Goskomdragmet die früher in Aussicht gestellten Lieferungen nicht realisierte, beschwerten sich Korotkewitsch und der Leiter von "Kristall" bei Jelzin. Im Frühjahr 1996 nahm Korotkewitsch auch seine politischen Aktivitäten wieder auf. Im März verfügte der Leiter der Duma-Fraktion von NDR S. Beljajew die Einsetzung eines aus 16 Spezialisten bestehenden Expertenrats der Fraktion unter Leitung von Korotkewitsch; letzterer startete darüber hinaus den Versuch zur Gründung einer eigenen Partei und hatte die Absicht, sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen zu lassen. Zeitungsreporter, die Mitte 1996 diese Hintergründe recherchierten und darüber auch publizierten, wurden von Korotkewitsch massiv bedroht, worauf sie die zuständigen Rechtsschutzorgane zum sofortigen Handeln aufforderten; gleichzeitig wollten sie das FBI und andere US-Behörden über den Fall informieren, da sonst die Gefahr eines "neuen Japontschik" in den USA bestehe.

*Kosljonok, Andrej*<sup>41</sup>

1961 in Moskau geboren, Absolvent des Plechanow-Instituts für Leitungswesen – allerdings wurden an seiner Identität und seiner Vita wiederholt Zweifel laut. Obwohl 1989 seitens der sowjetischen Regierung eine Generalvereinbarung über die Diamantenausfuhr mit "De Beers" getroffen worden war, wurde im gleichen Jahr das JV "Sovkuvajtinženiring" unter dem Direktor Kosljonok mit dem Ziel gegründet, neben Marmor auch Edelsteine, Diamanten u.ä. zu exportieren. Die Firma arbeitete besonders eng mit der Moskauer Polizeiverwaltung unter General P. Bogdanow zusammen. Unter der Regie von Goskomdragmet, das faktisch dem KGB unterstand, wurden damals etwa zehn JV mit Partnern in Israel und in den USA gegründet. In diesem Kontext ist die 1990 in San Francisco – offenbar in Abstimmung mit Je. Bytschkow – gegründete Firma "Golden ADA" zu sehen, die außer von Kosljonok von den beiden armenischen Brüdern Schagirjan geleitet wurde. 1992 suchten führende Moskauer Kreise nach Wegen, die Finanzlage Rußlands zu verbessern. Dabei spielte auch der Vorschlag eine Rolle, eine größere Anzahl von Rohdiamanten und Bestände des Staatsschatzes über "Golden ADA" in die USA zu transferieren, um aufgrund dieses Pfands von der "Bank of America" einen Kredit in Höhe von 500 Mio. US-Dollar zu erhalten. Der damalige stellvertretende Finanzminister A. Golowatj machte Kosljonok mit den entscheidenden Politikern bekannt, Ministerpräsident Gajdar stimmte dem Deal zu. Über dieses Modell sollen sich auch der US-Kongreß und später die Gore-Tschernomyrdin-Kommission positiv geäußert haben. Da in dem am 29.4.1993 in San Francisco von Bytschkow und vom stellvertretenden Leiter der "Golden ADA" Schagirjan unterschriebenen Rahmenvertrag eine Klausel über den Depotcharakter der Lieferungen fehlt, wird vermutet, daß die Organisatoren des Deals von vornherein eine andere Verwendung des Verkaufserlöses im Sinn hatten – einmal stand die Finanzierung von Geheimdienstaktivitäten im Vordergrund, dann Überweisungen an den Fonds für die Präsidentenprogramme. Die drei Chefs von "Golden ADA" sollen einen erheblichen Teil der Einnahmen für private Investitionen genutzt haben (Immobilien, sonstige Sachwerte, aber auch Firmen in mehreren Ländern).

---

<sup>41</sup> Aif Nr. 22/1998; Kommersant Nr. 1/1998; LG Nr. 11, 15, 17, 20 und 22/1998; Megapolis-Èkspress Nr. 26/1996; MN Nr. 6/1997 und Nr. 1-2/1998; OG Nr. 2 und Nr. 8/1998; Vek Nr. 2-3 und Nr. 25/1998; Iz vom 19.5.1998.

Wie unklar die damalige Lage des Konzerns war, soll an zwei Beispielen verdeutlicht werden – ein für das zweite Halbjahr 1998 anberaumter Prozeß soll Klarheit bringen. Nach Darstellung Kosljonoks und seiner Anwälte ging es zunächst um die Entfaltung industrieller und kommerzieller Aktivitäten in den USA, während ein Gewinntransfer nach Rußland, entsprechend getroffener Vereinbarungen, erst ab 1999 vorgesehen war. Im Gegensatz dazu wurde Kosljonok bereits ab 1994 von russischen Geschäftspartnern, insbesondere von einem gewissen Tschernuchin (als Vertreter der russischen Regierung im Direktorenrat von "Golden ADA"), unter Druck gesetzt, um einem sofortigen Gewinntransfer bzw. von Kosljonok nicht akzeptierten Verwendungszwecken zuzustimmen. Da er sich weigerte, "KGB-Agent in Amerika" zu werden (so der Wortlaut des Memorandums seiner Anwälte), sei er seinerzeit massiv gezwungen worden, auf seine Aktienanteile an "Golden ADA" zu verzichten. Nach anderen Aussagen von Kosljonok konnte nur der jeweilige Generaldirektor von "Golden ADA" über die Verwendung von Finanzen entscheiden – und diesen Posten habe er nie innegehabt. Ab März 1996 stand Kosljonok aufgrund eines russischen Ersuchens auf der Interpol-Fahndungsliste. Im Februar 1997 untersuchten die belgischen Behörden den Fall, konnten aber nichts strafrechtlich Relevantes finden. Da es zwischen Belgien und Rußland kein Auslieferungsübereinkommen gibt, konnte Kosljonok unbehelligt in Antwerpen leben. Das Gesuch Kosljonoks um Gewährung politischen Asyls wurde vom belgischen König abgelehnt. Im Januar 1998 flog er nach Athen, um mit dortigen Unternehmern Kooperationsverträge zu schließen. Die griechischen Behörden verhafteten ihn; der Oberste Gerichtshof wies Kosljonoks Berufung gegen das erfolgte Abschiebungsurteil ab. Obwohl zu diesem Zeitpunkt in einem Moskauer Gefängnis S. Dowbysch, der frühere Chef der Moskauer Vertretung von "Golden ADA" – inzwischen zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe verurteilt – zu Tode gekommen war, wurde Kosljonoks Bitte um Gewährung politischen Asyls abgelehnt. Im Juni 1998 wurde er unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen nach Moskau überführt und sein Prozeß vorbereitet.

*Krischtapowitsch, Igor<sup>42</sup>*

Geboren 1963, bis 1991 im KGB Estlands für grenzüberschreitenden Schmuggel zuständig, wurde nach der Unabhängigkeit Estlands stellvertretender Direktor des Zoll-Departements. 1992 war er der zuständige Beamte für die Regulierung einer größeren, festgehaltenen Waffenlieferung aus dem russischen Ishewsk, die für eine finnische Firma bestimmt war – dieser Fall soll von einem früheren hohen Politiker Estlands, der inzwischen ins Drogengeschäft übergewechselt war, zwecks Ablenkung von seinen kriminellen Verbindungen hochgespielt worden sein. Im folgenden Jahr gab Krischtapowitsch sein Amt auf und gründete die private Schutzfirma ESS; Kontakte zu verschiedenen Geheimdiensten unterhielt er weiter. Er war – offenbar seit Ende der achtziger Jahre – gut mit dem Sicherheitsexperten K. Klandorf bekannt, der 1990, nach Abschluß des Studiums an der Akademie des sowjetischen Innenministeriums, Chef der Hauptverwaltung für den Personenschutz ("GUO") Estlands geworden war. Als nach der Unabhängigkeit Estlands diese Organisation aufgelöst wurde, gründete Klandorf – offenbar in Abstimmung mit Krischtapowitsch – die private

---

<sup>42</sup> Aif Nr. 38/1996; Segodnja vom 24.5.1995 und 21.8.1996.

Sicherheitsagentur SIA gegründet, die weitgehend mit den Datenbanken und dem Personal der aufgelösten Verwaltung identisch war. Zwischen der SIA und der Kriminalpolizei gab es eine vertraglich geregelte Zusammenarbeit. Diese komplizierte Konstruktion soll auf Planungen des damaligen Innenministers E. Savisaar basieren haben.

Die guten Beziehungen zwischen SIA und der Kripo wurden am 22. September 1994 unterbrochen, als die Kripo (unter Verletzung gesetzlicher Regelungen) das SIA-Büro durchsuchte. Dabei sollen verschiedene Unterlagen (u.a. auch der Vertrag über die zuvor gepflegte Zusammenarbeit) und Aufzeichnungen von Telefonaten höchster Politiker des Landes gefunden worden sein. Auch Krischtapowitsch hatte Telefonate abgehört, darunter angeblich auch am 27./ 28. September 1994 geführte des o.g. ehemaligen Politikers, deren Ziel die Beseitigung einer größeren Lieferung auf der "Estonia" war; die schwedischen Behörden hatten davon Kenntnis erhalten und Vorbereitungen zur Konfiszierung nach Landung getroffen. Diese Informationen soll Krischtapowitsch an Geheimdienste Rußlands und der USA weitergegeben haben. Eine Woche nach dem Untergang der "Estonia" berichtete am 5. Oktober 1994 der Vorsitzende der Parlamentskommission zur Kontrolle der Sicherheitspolizei, daß bei der Durchsuchung des SIA-Büros die oben erwähnten Aufzeichnungen von Telefonaten gefunden worden seien – diese Feststellung und auch Vermutungen über Dossiers von Krischtapowitsch, der am 22. Oktober 1994 ermordet wurde, wiesen offizielle Stellen Estlands als unzutreffend zurück. Erst im Oktober 1995 kam die Dimension des damaligen Abhörskandals ans Tageslicht; man sprach von einem regelrechten "SIA-Gate", das zum Rücktritt der gesamten estnischen Regierung führte. Ebenso wie die Untersuchungen zur "Estonia"-Katastrophe sind auch die Hintergründe der Ermordung von Krischtapowitsch in der Folgezeit nicht zu einem befriedigenden Abschluß gebracht worden.

*Michajlow, Sergej*<sup>43</sup>

1958 in Moskau geboren, nach Grundschule Ausbildung zum Kellner "mit Englischkenntnissen", 1984 wegen Versicherungsbetrug zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt, gründete 1988 zusammen mit S. Timofejew eine "Brigade zum Schutz von Privatunternehmen", die bald als Solnzewo-Brigade bekannt wurde. Unter dem Vorwurf der Erpressung des Unternehmers W. Rosenbaum wurden alle Führer der Solnzewo-Brigade im Dezember 1989 verhaftet – Michajlow Mitte 1991 aus Mangel an Beweisen freigelassen. In den Jahren 1992/93 entfaltete Michajlow eine ganze Reihe von Aktivitäten, die im Zusammenhang mit den Konferenzen der "Russenmafia" in Luzern (September 1992) und Miami (1993) stehen sollen – er hatte Kontakte zu Iwankow und Birshtejn und nahm Geschäftsbeziehungen zu dem Drogenhändler und führenden Kopf der kriminellen Unterwelt Chatschidse (Dshamal) auf. Michajlow war Mitglied des "Föderalen Untersuchungsbüros", das ihm Ausweise zum Betreten des Kreml (Administration des Präsidenten) und den eines CNN-Mitarbeiters ausstellte. Gleichzeitig sorgte eine im Auftrag eines hohen Mitarbeiters des Innenministeriums zusammengestellte Gruppe von Mitarbeitern der Rechtsschutzorgane und

---

<sup>43</sup> Kommersant Nr. 8 und Nr. 31-32/1996; MN Nr. 44/1996 und Nr. 45/1997; OG Nr. 4, 19, 20 und 22/1997; Ogonek Nr. 2 und Nr. 6/1997. Iz vom 21.11.1996 sowie vom 27.5. und 11.7.1997; RG vom 15.8.1997; Segodnja vom 31.1.1998.

der Justiz dafür, daß gegen Mitglieder der Solnzewo-Brigade begonnene Untersuchungen ergebnislos verliefen. Im Zusammenhang mit der Ermordung des Kasino-Besitzers W. Wlasow wurde Michajlow Ende 1993 verhaftet, wegen fehlender Beweise aber freigelassen.

Ab 1994 entfaltete Michajlow seine Aktivitäten vor allem im Ausland, insbesondere in Ungarn, in Israel, in Belgien und in den USA (für 1994/95 hatte er ein Dauervisum). In Rußland brachte er die großen Holdings "Sistema" und "Orbit", über die israelische Firma "Empire Bond" das Projekt "Moscow Global" voran, das u.a. den Kabelempfang russischer Fernsehsender in Israel ermöglichen soll. Wegen gegensätzlicher Interessen bei der Verteilung zu erwartender Einnahmen aus der TV-Werbung soll es auf einer OK-Konferenz Anfang 1995 in Moskau zu gewalttätigen Auseinandersetzungen gekommen sein, die auch den TV-Manager Listjew das Leben kosteten.

Zum Zeitpunkt der Verhaftung von Iwankow (Juni 1995) floh Michajlow aus Israel in die Schweiz. Einige Wochen später wurden die führenden Mitglieder des "Rechtsschutzdachs" der Solnzewo-Brigade in Moskau verhaftet und eine große Razzia gegen dortige Mitglieder der Brigade durchgeführt. Nachdem die Schweizer Behörden seit April 1996 Michajlows Telefon abgehört hatten, verhafteten sie ihn Mitte Oktober. Bereits eine Woche später befragte ein Mitarbeiter der Generalstaatsanwaltschaft Rußlands den inhaftierten Michajlow im Zusammenhang mit dem Mord an Listjew. Bei einer am 17. Januar 1997 vorgenommenen Befragung war anonym ein früherer Beamter des Innenministeriums Rußlands dabei, der an Untersuchungen gegen Michajlow beteiligt gewesen war. Michajlow identifizierte diese Person und drohte, er werde für seine Entlassung sorgen. Zum gleichen Zeitpunkt überzeugte sich Generalstaatsanwalt Ju. Skuratow in Genf davon, daß Moskauer Behörden Michajlow "Persilscheine" ausgestellt haben. Im Frühjahr 1997 informierte ein früherer Leibwächter von Michajlow amerikanische Geheimdienste über Michajlow. Der als Zeuge gegen ihn von den Genfer Behörden vorgesehene W. Rosenbaum, der seit 1994 in den Niederlanden gelebt hatte, wurde dort am 31.7.1997 ermordet. 1997 wurden die zwei Jahre zuvor verhafteten Mitglieder des Solnzewo-Rechtsschutzdachs in Moskau zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

*Taranzew, Aleksandr*<sup>44</sup>

Vor 1989 insgesamt neun Jahre Lageraufenthalt infolge zweier Verurteilungen wegen Wirtschaftsdelikten; danach gründete er die AG "Russkoe zoloto", die zunächst mehrere Verbrauchermärkte in Moskau kontrollierte, der dann auch Modegeschäfte gehörten; einige Jahre später beschäftigte er in Moskau 2.000 Mitarbeiter und erzielte einen Jahresumsatz von über 100 Mio. US-Dollar. Nachdem 1992 ein Attentat auf ihn verübt worden war, wurde seine Firma von Polizisten bewacht – offiziell wurde dies als "Beobachtung" seiner Aktivitäten interpretiert. Taranzew gründete einen Fonds zur sozialen Unterstützung von Mitarbeitern des Innenministeriums "Zaščita", der beispielsweise 1997 allein für die Moskauer Polizeiverwaltung eine Mio. US-Dollar bereitstellte. Taranzew war einer der Hauptsponsoren für den Wiederaufbau der Christus-Erlöser-Kirche, finanzierte das Konzert zur Amtseinführung Jelzins (Juli 1996); 1995 wurde er als "Bester Sportförderer Rußlands" ausgezeichnet. 1996/97 reiste Taranzew viel, wobei er einen Paß benutzte, den der Geheim-

---

<sup>44</sup> MN Nr. 51/1997 und Nr. 11/1998; OG Nr. 48/1997. NG vom 14.1., 4.2. und 10.6.1998.



dienst des Generalstabs ausgestellt hatte und der ihn als Offizier auswies. Anfang 1997 übernahm seine Firma den "Globalen Russischen Fernsehkanal", mit dem weitreichende politische Absichten verfolgt werden sollen.

Aus geschäftlichen und privaten Gründen (Frau und Tochter leben in den USA) reiste Taranzew im November 1997 nach Florida, wo er zwei Tage vor dem geplanten Rückflug verhaftet wurde. Nachdem er zunächst am 5. Januar 1998 gegen eine Kaution von 250.000 US-Dollar freigelassen worden war, wurde er wenig später von der Einwanderungsbehörde festgehalten, die ihm das Verschweigen seiner Vorstrafen anlastete. Die Moskauer Polizei hatte inzwischen sein Haus durchsucht und verschiedene Unterlagen konfisziert; in Zeitungsartikeln wurde er als Schatzmeister der OK-Gruppen Solnzewo und Ljuberzy bezeichnet. Den meisten russischen Redaktionen wurde damals ein Photo zugeschickt, das Taranzew und Innenminister Kulikow bei einem freundschaftlichen Treffen zeigt. Im März 1998 konnte Taranzew nach Rußland zurückkehren, wo er mit "großem Bahnhof" begrüßt wurde. Das Auftreten des Generaldirektors der Firma "Russkoe zoloto", des Geistlichen M. Anaschkin, veranlaßte das Patriarchat zu einer Stellungnahme, wonach zwischen ihm und Anaschkin keinerlei Beziehungen bestehen. Im Juni 1998 wurde Taranzew als Hauptsponsor des "Petersburger Wirtschaftsforums" genannt, das die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den früheren Unionsrepubliken festigen und ausländische Investitionen heranziehen möchte.

*Tarpischtschew, Schamil*<sup>45</sup>

1948 geboren, Tennisspieler und Sportfunktionär, wurde 1987 mit Jelzin, A. Korshakow und dem Tennisspieler S. Leonjuk bekannt; etwas später gehörten zu seinem Bekanntenkreis der Unternehmer M. Tschernoj und Tajwantschik. 1990 wurde er erster Präsident des "Nationalen Sportfonds" NFS (bis 1991), als dessen "Schöpfer" er sich auch in späteren Jahren sah; sein Nachfolger B. Fjodorow betrachtete sich dagegen als Organisator von "Strukturen unter dem Dach" des NFS. In den folgenden Jahren hat Tarpischtschew zahlreiche Personen an den NFS herangeführt, neben den erwähnten Fjodorow und Leonjuk auch P. Orlow, W. Dubrowskij, B. Sisolin und W. Sysojew; Tarpischtschew und Korshakow haben zwischen 1991 und 1996 als "Dach" des NFS fungiert. Tarpischtschew verfolgte offiziell zwei Hauptziele: Einmal strebte er die wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit des NOK Rußlands an, wie dies in der Charta des IOC vorgesehen ist, zum anderen wollte er den traditionellen "Betriebssport" durch das "Klubsystem" ersetzen. Dieses Programm und die ersten Erfolge hatten offenbar Präsident Jelzin veranlaßt, den IOC-Präsidenten Samaranch bei einem Besuch in Moskau 1993 zu bitten, sich für die Aufnahme Tarpischtschews in das IOC einzusetzen; tatsächlich wurde diese Bitte in Form der satzungsmäßig vorgesehenen Wahl wenig später erfüllt. Nach offizieller Version erhielt der NFS erst im Dezember 1993 weitreichende Privilegien für Export-Import-Geschäfte. Die im Zusammenhang mit diesen Geschäften erforderlichen finanziellen Aktivitäten wurden über bis zu 15 von Fjodorow eingerichtete "Profitzentren" abgewickelt, darunter vor allem über die von O. Bojko gegründete Bank "Nacional'nyj kredit" und später die "Inturbank". Tarpischtschew fungierte damals als Chef

---

<sup>45</sup> Kommersant Nr. 41 und Nr. 43/1996; OG Nr. 41 und Nr. 42/1996. NZZ vom 11.10.1996; Segodnja vom 21.9.1995.

des Koordinationskomitees für Körperkultur und Sport beim Präsidenten, dann wurde er auch Vorsitzender des Staatskomitees für Körperkultur und Tourismus im Ministerrat. Ende 1994 folgten NFS-Firmen einer Initiative Jelzins und erwarben die Rechte an der Durchführung des Tennisturniers "Kreml-Pokal"; kommerzielle Verluste dieser Veranstaltung wurden in der Folgezeit aus dem Budget beglichen. Nach eigenen Angaben hat Tarpischtschew 1995 den Präsidenten um seine Entlassung gebeten, was letzterer abgelehnt habe.

Als Anfang 1996 die Leitung des Wahlstabs für die Wiederwahl Jelzins von O. Soskoweit auf Tschubajts (offiziell war der Präsident selbst Vorsitzender) überging, hat dies an der Position Tarpischtschews im Wahlstab nichts geändert – er war für sportliche und kulturelle Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Wahlkampf zuständig und hatte auch über den NFS für die Finanzierung solcher Maßnahmen zu sorgen. Nachdem in den letzten Jahren vier Versuche von Tschubajts zur Abschaffung der NFS-Privilegien gescheitert waren, trat am 13.3.1996 eine Regelung in Kraft, die zum einen diese Privilegien aufhob, zum anderen aber die "Entschädigung" von NFS-Organisationen vorsah, die aufgrund dieser Maßnahme Einbußen hatten. Die am 21.5.1996 erfolgte Verhaftung von B. Fjodorow, der der Aufforderung zur Bereitstellung einer größeren Geldsumme zu Händen des Wahlstabs nicht nachgekommen war, läutete das Ende des NFS-Imperiums ein. Am 5.10.1996 berichtete der 1. TV-Kanal, Tarpischtschew sei aus allen Posten entlassen worden, auch habe er schriftlich das IOC um seine Entlassung gebeten. In anderen Meldungen hieß es, Jelzin habe das IOC um den Ausschluß Tarpischtschews gebeten. Tatsächlich haben Tarpischtschew und der Vorsitzende des NOK W. Smirnow in einem Telefonat mit Samaranch klargestellt, daß von einem "Rücktrittsgesuch" keine Rede sein könne; beide Sportfunktionäre haben übrigens ebenso wie A. Korshakow als Gäste an den Olympischen Spielen in Atlanta teilgenommen. In einem von Jelzin am 8.10.1996 unterschriebenen Erlaß wurde die Entlassung Tarpischtschews als Vorsitzender des Staatskomitees verfügt, zur Begründung dabei auf die Übernahme einer anderen Tätigkeit verwiesen. Tarpischtschew blieb Vorsitzender des Direktorenrats des "Kreml-Pokal", der – offiziell bankrotte – NFS verfügte unverändert über die Rechte zur Durchführung dieser Veranstaltung; im Juli 1997 wurde er vom Moskauer Bürgermeister Lushkow zum "Sportberater" ernannt. Im Verlauf des Jahres 1997 hielt sich Tarpischtschew in 23 Ländern auf. Er unterhält weiterhin freundschaftliche Beziehungen zu seinem Wohnungsnachbarn A. Korshakow.

*Wedenkin, Aleksej*<sup>46</sup>

Geboren 1965, besuchte in Kaliningrad (bei Moskau) die gleiche Schule wie Jakubowskij, wurde 1981 vom KGB wegen nationalistischer Neigungen verwarnt. 1984 bis 1987 als Polizist bzw. Polizei-Agent in Moskau, wegen dienstlicher Verfehlungen entlassen. Nachdem er 1989 den Musiker A. Rasin um 160.000 Rubel erpressen wollte, mußte er für sechs Monate in

U-Haft. 1990 gab er sich als politisch Verfolgter aus und gründete eine Gruppe ehemaliger

---

<sup>46</sup> MN Nr. 29 und Nr. 47/1995 sowie Nr. 7/1996; OG Nr. 9/1995 und Nr. 18/1998; Sobesednik Nr. 35/1995. Kommersant-daily vom 7.5. und 25.6.1996; NG vom 10.2.1995; Rabočaja tribuna vom 16.5.1995; RG vom 7.3.1995.

Mitarbeiter des Innenministerium "Zentrum für Untersuchung und Strafverfolgung" (mitbeteiligt waren dabei die Moskauer Stadtverwaltung und das Komsomol-Komitee des Frunse-Stadtbezirks), aus dem bald ein "Sicherheitsdienst" hervorging; seine Mitglieder erhielten einen Ausweis, der einem KGB-Ausweis ähnelte. Offenbar bereits vor August 1991 wurde dieser Dienst mit der Bewachung der ZK-Gebäude im Moskauer Stadtzentrum beauftragt, und es kam zu Arbeitskontakten zwischen Wedenkin und dem ZK-Verwaltungschef A. Krutschina. Diese betrafen einmal das Vernichten von KP-Archivmaterial, zum anderen die Gründung einer AG "Vozroždenie", die sich um das Unterbringen von KP-Vermögen kümmern sollte. Wedenkin wurde Mitglied der "Kommission des ZK für die Übergabe von Eigentum" und entwickelte ein Kommunikationsprogramm "Sirena-3". Der "Sicherheitsdienst" Wedenkins war auch für die Bewachung der "Wirtschaftsverwaltung" (ChOZU) der Administration des Präsidenten zuständig. Im Herbst 1991 verschaffte ihm der damalige Moskauer Bürgermeister G. Popow eine Anstellung bei seinem "Fonds zur Entwicklung der Internationalen Universität"; Wedenkin gründete dort den Sicherheitsdienst "Argus", der ein Jahr lang die früheren ZK-Gebäude in Kunzewo bewacht hat.

Zu diesem Zeitpunkt unternahm Wedenkin eine Reise nach Tschetschenien, wo er die Politiker Dudajew und Gamsachurdija traf. Im Herbst 1993 hielt er sich im "Weißen Haus" auf und bezeichnete sich als Anhänger Barkaschows und der RNE. Im Ausland trat er als Nachfolger A. Ruzkojs in der AG "Vozroždenie" auf und gründete in vier Ländern etwa zehn Firmen, die vor allem den Handel mit Ölprodukten zum Ziel haben. Er wurde meist im Ausland aufgrund seiner Kontakte zur rechten Szene als Vertreter Shirinowskijs betrachtet. Ob ein angeblich von ihm im April 1994 unterzeichneter "Geheimbefehl", den später eine russische Zeitung veröffentlichte, authentisch ist, ist bislang ungeklärt – dort werden 29 bekannte Politiker und Geschäftsleute Rußlands aufgeführt, die als Angehörige einer Geheimorganisation wegen ihrer Aktivitäten belobigt oder auch "bestraft" werden. Ein Zusammenhang zwischen dieser Liste und dem ominösen "Föderalen Untersuchungsbüro Rußlands" kann nicht ausgeschlossen werden. Zu diesem Zeitpunkt war Wedenkin Helfer des stellvertretenden Duma-Vorsitzenden und führenden LDPR-Politikers A. Wengerowskij, der Wedenkin als Leiter des Flughafens Scheremetjewo-2 vorschlug. Nach einem von der Moskauer Zeitung "Obščaja gazeta" Anfang 1995 arrangierten TV-Auftritt, den Wedenkin zu Morddrohungen gegen führende demokratische Politiker benutzte, mußte er für einen Monat ins Gefängnis; die bei seiner Verhaftung gefundenen Dienstaussweise wurden dabei ausdrücklich als authentisch bezeichnet. Wenig später schlug er Mitarbeitern der Moskauer Wochenzeitung "Moskovskie novosti" ein gemeinsames Vorgehen gegen den Politiker E. Strojew vor. Er mietete eine Datscha, die von Jelzins Büro verwaltet wird. Wedenkin wurde als Ko-Vorsitzender der "Russischen Orthodoxen Partei" genannt, gleichzeitig blieb die Nähe zur RNE Barkaschows. Die RNE hatte Aktien u.a. von KamAZ, "Vozroždenie", "Sirena-3" und Kuwait-Ölaktien; ihr Konto führte sie bei der Bank "Aeroflot". Im Mai 1996 wurde Wedenkin zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, dann aber amnestiert. Nachdem das Justizministerium die RNE registriert hatte, zeigte Wedenkin im Mai 1997 Journalisten eine Fallschirmspringer-Übung auf einem Militärflugplatz bei Moskau. Ein Anfang 1998 erscheinender Bericht über Wedenkin hob ausdrücklich hervor, daß er jederzeit ins Ausland reisen kann und dort vielseitige Beziehungen unterhält.

\* \* \*

Zusammenfassend läßt sich zu den Biographien der vorgestellten Personen folgendes feststellen: Ein gemeinsamer Nenner ist, daß sie bereits vor August 1991 spezifische Aufgaben übernahmen. Es ist denkbar, daß diese Beauftragung informell erfolgte bzw. daß sie nicht vollständig über ihre Aufgaben informiert wurden. Waren Personen vor 1986 zu Haftstrafen verurteilt worden, so ist ihre Anwerbung möglicherweise unter Druck geschehen. Es ist daran zu erinnern, daß Vorbestrafte in der Regel keinen Auslandspaß erhalten haben; ebenso waren ihnen Funktionen in der Wirtschaft oder die Inanspruchnahme von Krediten untersagt – über ihre privilegierte Stellung müssen sie sich deshalb im klaren gewesen sein. Die frühere Zugehörigkeit zur KPdSU oder zum Komsomol dürfte kein Kriterium für eine Anwerbung bzw. Beauftragung gewesen sein. Auffällig ist, daß einige dieser Personen in einem mehr oder weniger nahen Verhältnis zu Jelzin standen (insbesondere Kobson, Issajew und Konanychin). Als Aufgabenbereiche kamen zum einen Wirtschaft und Finanzen, zum anderen der kriminelle Sektor i.e.S. sowie geheimdienstliche Tätigkeiten in Betracht; daneben hat es sicher Mischformen gegeben. Besonders auffällig sind Biographien sehr junger "Banker" und "Unternehmer", die zwischen 1989 und 1992 enorm reich wurden (so Tschernoj, Drogusch, Konanychin und Kosljonok). Hinsichtlich der OK-Sphäre ist darauf hinzuweisen, daß – offenbar unter "Patenschaft" von S. Timofejew (Silwestr) – 1988 von Michajlow die Solnzewo-Brigade und 1990/91 von Solonik die Kurgan-Brigade gegründet wurden. Aktionsfelder waren im Prinzip alle Länder, wobei die Ausstellung von (gefälschten) Pässen und Visa oder auch der Erwerb einer anderen Staatsangehörigkeit kein Problem waren.

Wurden diese Personen nach 1991 in Rußland verhaftet, so wurden sie entweder bald wieder freigelassen (aus Mangel an Beweisen oder gegen Kautions) oder sind aus dem Gefängnis geflohen; einige verhaftete Angehörige von OKG wurden in einem Moskauer Gefängnis umgebracht. Eine längere Haftstrafe verbüßt lediglich D. Jakubowskij. Nachdem im Juni 1995 W. Iwankow in New York verhaftet worden war, wurden in den folgenden zwei Jahren Birsjtejn und Michajlow in der Schweiz, Kosljonok in Athen und Taranzew in Florida verhaftet. Kosljonok wurde gegen seinen Willen an Rußland ausgeliefert, während Taranzew nach einigen Monaten die gewünschte Rückkehr nach Rußland ermöglicht wurde. Die Verfahren gegen Birsjtejn und Michajlow wurden wesentlich durch die ungenügende Bereitschaft russischer Rechtsschutzorgane zur Zusammenarbeit mit den Schweizer Behörden erschwert. Ein Sonderfall ist Konanychin, der nach vorübergehender Verhaftung in den USA offenbar dort bleiben darf; er scheint mit seinen Moskauer Auftraggebern definitiv gebrochen zu haben. Ermordet wurden Krishtapowitsch, Issajew und Solonik. Keine oder nur geringfügige Probleme in Rußland haben die OK-Autoritäten Dshem und Podatjew, der frühere KGB-Agent Kalmanowitsch, die Politiker Tarpischschew und Wedenkin sowie die Unternehmer Tschernoj, Drogusch, Kobson, Korotkewitsch und Lutschanskij.

#### **4. Genese und Funktionen "privater Schutzdienste"**

Nachdem der Oberste Sowjet der RSFSR im März 1991 das Gesetz "Über Privatdetektive und Schutzdienste" verabschiedet hatte, schien es im Zusammenhang mit der großen Zahl betrieblicher Neugründungen und der offenbar immer mehr um sich greifenden OK durchaus

einsehbar, daß es in den Jahren danach zu einer sehr starken Zunahme privater Schutzdienste kam. Bezeichnend für die damalige Situation ist ein im September 1993 von führenden Geschäftsleuten Rußlands an Präsident Jelzin gerichteter "Offener Brief"<sup>47</sup>:

Die Geschäftskreise Rußlands sind durch den Ausbruch von Gewalt seitens krimineller Strukturen beunruhigt... Während letztere versuchen, die Geschäftsbanken unter ihren Einfluß zu bringen, gehen sie gleichzeitig zu offener physischer Abrechnung mit denen über, die sich Einschüchterungs- und Bestechungsversuchen widersetzt haben... Die Rechtsschutzorgane... möchten die erfolgten Verbrechen auf die Klärung von Beziehungen zwischen den kriminellen Strukturen zurückführen. Wir appellieren an Sie, Ihre gesamte Machtfülle und alle vorhandenen Mittel zu nutzen, um nicht das Land in einen Erbhof krimineller Gruppen verwandeln zu lassen...

Daß es neben lizenzierten Detekteien und Schutzdiensten auch Dienste gab, die ihre Aktivitäten ohne Genehmigung durchführten, schien im russischen Transformationskontext auch nicht sonderlich zu beunruhigen, ebenso nicht die Tatsache, daß in erster Linie frühere Angehörige der Rechtsschutzorgane und der Streitkräfte Mitarbeiter der "Schutzdienste" wurden. Allerdings gab es auch immer wieder Berichte, daß aktive Angehörige der Streitkräfte und des FSB in Sicherheitsdiensten einem Nebenjob nachgehen, obwohl ihnen dies verboten ist. Im Fall von etwa 4.000 Großbetrieben brauchten die Dienste keine Lizenz als Voraussetzung für den Abschluß eines Vertrages mit der Betriebsleitung – Regierungsstellen und insbesondere die für Sicherheitsfragen zuständigen Organe konnten demnach eine entsprechende Liste strategisch wichtiger Betriebe aufstellen und "private Sicherheitsdienste" abordnen bzw. empfehlen. Die Überlegung liegt nahe, daß diese speziellen Dienste zumindest teilweise ähnliche Aufgaben wie die früheren "1. Abteilungen" (des KGB) von Betriebsverwaltungen erfüllen. Erstaunlich ist, daß diese Sonderregelung in Berichten über das Spektrum der privaten Schutzdienste meist nicht berücksichtigt wird. So wurde über eine vom Innenministerium im April 1997 durchgeführte landesweite Razzia berichtet, deren Ziel die Überführung krimineller Schutzdienste sein sollte. Lapidar wurde dann aber als Ergebnis lediglich mitgeteilt, daß außer den 3.000 Schutzdiensten mit Lizenz etwa 700 ermittelt worden seien, die nirgendwo registriert seien und folglich auch keine Steuern zahlten. Es seien 270 Strafverfahren eingeleitet und 621 privaten Schutzfirmen das Recht aberkannt worden, Wachtätigkeiten auszuüben; schließlich seien die Leiter von 535 Schutzfirmen "streng verwarnet" worden, daß sie möglicherweise auch mit der Schließung ihrer Firmen rechnen müßten. Diese Zahlen führen zu dem Schluß, daß die Sicherheitsdienste der ausgewählten 4.000 Großbetriebe nicht von dieser Razzia betroffen waren.<sup>48</sup> Auch JV und später rein ausländischen Unternehmen schien sich so eine Möglichkeit zu bieten, über den von den offiziellen Rechtsschutzorganen erhofften Schutz hinaus zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen treffen zu können. Daneben hat es zwischen 1990 und 1993 Entwicklungen in diesem Bereich gegeben, die damals kaum wahrgenommen bzw. in ihrer eigentlichen Bedeutung nicht erkannt wurden:

- Bereits 1990/91 wurden zwar die Abteilung "W" und der Dienst "A" der 1. Hauptverwaltung des KGB aufgelöst, doch entstanden wenig später Organisationen, denen im wesentli-

---

<sup>47</sup> NG vom 4.10.1994.

<sup>48</sup> Kommersant Nr. 10/1995.

chen die dort früher Beschäftigten angehörten ("Narziss", Assoziation der Veteranen der Auslandsspionage, Ausbildungszentrum in Odinzowo, Assoziation der "Alfa"-Veteranen).

- E. Karabanow, zuvor stellvertretender KGB-Chef für Moskau, gründete 1992 die Assoziation "Sicherheit des Unternehmertums und der Person", die ab 1994 schrittweise mit immer mehr offiziellen Institutionen im In- und Ausland zusammenarbeitete.<sup>49</sup>
- W. Maruschtschenko, der 1991 aufgrund seiner Initiative zur Schaffung eines "Dienstes für innere Sicherheit" im KGB Rußlands (bzw. der zeitweilig bestehenden "Agentur für föderale Sicherheit" AFB Rußlands) vorfristig zum Obersten befördert worden war, wurde 1993 Chef des Sicherheitsdienstes von "Gazprom" und Vizepräsident des Rats für Sicherheit des Unternehmertums Rußlands.<sup>50</sup>
- Der für ca. 20 Banken und Firmen arbeitende Sicherheitsdienst "Alternativa-M", bei dem auch die frühere Nr. 1 für Rechentechnik der 1. Hauptverwaltung des KGB, W. Smirnow, beschäftigt ist, hat eine teilweise bessere Datenbank als der FSB, führt manche operativen Einsätze gemeinsam mit der Polizei durch, arbeitet als einzige Firma Rußlands mit der renommierten Detektei "Kroll" zusammen und hat zunehmend mehr Filialen im Ausland; Firmenchef I. Morosow hob 1995 hervor, daß seine Organisation im Unterschied zu den Rechtsschutzorganen Rußlands "buchstäblich in allen Ecken der Erde" aktiv werden könne.<sup>51</sup>
- Der frühere stellvertretende KGB-Chef L. Schebarschin wurde im Dezember 1991 Präsident einer neuen "Russischen Agentur für ökonomische Sicherheit"<sup>52</sup>.

Als Hinweis auf die Zusammenhänge zwischen scheinbar unterschiedlichen, tatsächlich wohl doch eher zusammenhängenden Phänomenen bieten sich Daten der Biographie von N. Troschkin an, damals Chef der 4. Verwaltung des sowjetischen Innenministeriums.<sup>53</sup> Nachdem er 1990 einen "Unterstützungsfonds zur Stärkung der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung" gegründet hatte, unterbreitete er Anfang 1991 seinem Chef den Vorschlag, eine Verwaltung ausschließlich zum "Schutz der Interessen des Unternehmertums und des Privateigentums" zu gründen, die auf kommerzieller Grundlage arbeiten sollte. Unterstützung fand er nur bei G. Jawlinskij, damals Vorsitzender des "Zentrums für ökonomische und politische Forschungen". Nachdem beide am 12. August 1991 ein gemeinsames Projekt vorgelegt hatten, arbeiteten sie im folgenden Jahr den Entwurf einer entsprechenden Regierungsverordnung aus. Zur Begründung ihres Vorschlags führten sie aus:

Die Erfahrung zeigt, daß der Rechtsschutz des Unternehmertums nur auf professioneller Grundlage und vor allem durch Mitarbeiter der Organe für innere Angelegenheiten möglich ist... Die privaten Strukturen bevorzugen staatliche Schutzorgane und greifen deshalb seit langem auf einen bestimmten Teil der aktiven Mitglieder der Polizei zurück.

---

<sup>49</sup> Megapolis-Èkspress Nr. 30/1996; MN Nr. 1/1995; Vek Nr. 39/1995.

<sup>50</sup> NG vom 6.2.1997.

<sup>51</sup> OG Nr. 10/1995.

<sup>52</sup> Aus Anfang 1997 und im Frühjahr 1998 geführten Interviews Šebaršins wurde deutlich, daß sich sein "Dienst" in erster Linie um übergeordnete Interessen der nationalen Sicherheit Rußlands kümmert: Vek Nr. 13/1997; Nezavisimoe voennoe obozrenie Nr. 13 vom 3.4.1998.

<sup>53</sup> NG vom 4.10.1994; RG vom 27.2.1998.

In den folgenden Monaten wollte Troschkin Regierungsmitglieder für diesen Vorschlag gewinnen, doch ließ nur S. Schachraj eine gewisse Zustimmung erkennen. Dem damaligen Innenminister W. Jerin schienen die Aktivitäten seines Untergebenen zu weit zu gehen, so daß er ihn 1992 ohne Begründung entließ. Ende 1993 erfolgte auf seine Initiative hin die "Zweitgründung" des bereits 1990 initiierten "Unterstützungsfonds". In der Satzung werden als Ziele "die Propagierung und Popularisierung der Gesetzgebung Rußlands, der Rechtskenntnisse und hoher moralischer Prinzipien... sowie die Herausbildung eines demokratischen Rechtsstaates" bezeichnet. Der Fonds möchte sich an "der Ausarbeitung, Finanzierung und Realisierung komplexer Programme des Kampfes gegen das Verbrechen, zur Vorbeugung von Rechtsverletzungen, an der Finanzierung von wissenschaftlichen Forschungs- und Projektierungsprogrammen" beteiligen.

Aus dem Werdegang Troschkins in den folgenden Jahren sind zwei Punkte besonders hervorzuheben. Er wurde Mitglied des Zentralrats der nationalpatriotisch orientierten gesellschaftlichen Organisation "Geistiges Erbe", 1997 dann sogar Leiter des Apparats der Duma. In dieser Funktion hat er erheblichen Einfluß auf die Festlegung der Programme für die legislative Tätigkeit der Duma und auf die Akkreditierung der Assistenten von Duma-Abgeordneten. Die – aufgrund dieser beiden Funktionen – anzunehmende Nähe Troschkins zur KPRF steht in einem bemerkenswerten Gegensatz zu seinen früheren Aktivitäten zum Schutz der russischen Unternehmer und auch zu der vorübergehenden Zusammenarbeit mit G. Jawlinskij. Sollte Troschkin außerdem nach wie vor Präsident des o.g. Unterstützungsfonds sein, kann man sich unschwer vorstellen, über welches enorme Einflußpotential er verfügen dürfte.

Für die ab 1995 auch nach außen sichtbarer werdende stärkere Konzentration und "Siebung" der privaten Schutzdienste lassen sich einige Belege anführen. Damals wurde von "Veteranenorganisationen" von mindestens sechs geheimen Sondereinheiten der "Gesamtrussische Verband der Sicherheitsbetriebe" gegründet.<sup>54</sup> Sein Präsident S. Gontscharow, früher Oberst und stellvertretender Leiter der "Alfa"-Kampftruppe, hatte bereits 1992 eine "Assoziation der 'Alfa'-Veteranen" gegründet. Dagegen haben es "von unten" gegründete Veteranenorganisationen sehr viel schwerer, ein Minimum an Unterstützung durch staatliche oder andere gesellschaftliche Organisationen zu erhalten. Über ihre Erfahrungen berichtete L. Nikiforowa, die sich seit August 1995 bemühte, ihre "Freiwillige Gesellschaft der Veteranen und Invaliden von Sondereinheiten, die Kampfaufgaben im Kaukasus erfüllt haben", registrieren zu lassen.<sup>55</sup> Ausgangspunkt für ihre Bemühungen waren die Ergebnisse einer Untersuchung in Südsibirien, wo sich herausgestellt hatte, daß zwei von drei Rückkehrern aus dem Tschetschenienkrieg von OK-Gruppen eingestellt, teilweise regelrecht meistbietend "eingekauft" wurden: Ihre Mißerfolge führt sie auf Gruppen zurück, die an der Marginalisierung der Veteranen interessiert sind:

- Leitungen von Verbänden früherer Afghanistan-Kämpfer, die ein Monopol auf diese Organisationsform behalten möchten;

---

<sup>54</sup> LG Nr. 20/1997.

<sup>55</sup> Vek Nr. 29/1996.

- einige Offiziere im Innenministerium, die mit privaten Schutzfirmen zusammenarbeiten und nebenbei auch die Schattenwirtschaft bedienen;
- "Bürokraten" auf allen Ebenen, die den spontanen Charakter der Gründung dieser Organisation ablehnen.

Ende 1996 wurde bei der Moskauer Hauptverwaltung für Inneres ein "Koordinationsrat" gegründet, dessen Ziel die Zusammenfassung der meisten privaten Bewachungsfirmen und Schutzdienste sein sollte. Der Koordinationsrat, als dessen Vorsitzender ein früherer GRU-Offizier (W. Litwinow) eingesetzt wurde, wurde der Verwaltung für Lizenzen und Genehmigungen der Hauptverwaltung unterstellt. Außer ihr wurden die Gewerkschaft der Schutzorganisationen und 16 Firmen genannt, bei denen es sich offenbar ausschließlich um Zusammenschlüsse früherer Mitarbeiter der Rechtsschutzorgane handelte. Der Charakter dieses "Koordinationsrats" wird auch daraus deutlich, daß als wesentliches Ziel die Erstellung einer Datenbank bezeichnet wurde, die gemeinsam von den Mitgliedsfirmen des Koordinationsrats und den Rechtsschutzorganen genutzt werden soll. Die erwähnte Gesamtrussische Gewerkschaft der in privaten Sicherheitsdiensten Beschäftigten verfügt über ein spezielles Komitee, das die Verbindungen zu den Organen der Staatsmacht und der Verwaltung pflegt.<sup>56</sup>

Mitte 1997 wurde im FSB ein Treffen mit den Chefs der Sicherheitsdienste von Großbetrieben durchgeführt, über dessen Verlauf A. Sdanowitsch, Chef der PR-Abteilung des FSB, in einem Interview berichtete.<sup>57</sup> Er gab zu verstehen, daß die Chefs dieser Dienste (bei Banken, Finanz- und Industriegruppen) frühere KGB-Mitarbeiter sind und konstatierte:

Ich kann sagen, daß wir gegenseitiges Verständnis in allen Fragen gefunden haben, die sich auf die Gewährleistung der staatlichen Sicherheit auswirken können... alle Leiter von "Sonderdiensten" kommerzieller Strukturen fühlen sich nach wie vor der Idee der russischen Staatlichkeit verpflichtet...

Sdanowitsch berichtete auch über vertragliche Kontakte des FSB mit analogen Organisationen des Auslands: "...jeder staatliche Geheimdienst im Ausland, der sich selbst achtet, nimmt keine Kontakte zu privaten 'Kontoren' auf." Über die Arbeitsweise des FSB informierte Anfang 1998 ein anderer führender Mitarbeiter, A. Jurtschenko.<sup>58</sup> Nach seiner Darstellung ist der FSB durchaus in der Lage, im Auftrag der Regierung größere Objekte landesweit zu schützen, nicht zuletzt auch jene, bei denen ausländische Firmen größere Summen investieren. Wenn sich kleinere ausländische Firmen an den FSB wenden, so werden ihnen Schutzdienste empfohlen, die nichts mit der OK zu tun haben. Sollte diese Darstellung der Realität entsprechen, so ergibt sich daraus zum einen, daß der FSB genau unterscheiden kann, welche privaten Schutzdienste unter seiner vollständigen Kontrolle stehen und welche mit der kriminellen Sphäre Kontakt haben, zum anderen aber auch, daß

---

<sup>56</sup> OG Nr. 1/1997. In den ersten Jahren hatte es allerdings – zumindest nach offiziöser Darstellung – noch erhebliche Differenzen zwischen dieser Gewerkschaft und Polizeiorganen gegeben, wie aus einem am 29.6.1995 von der Gewerkschaftsführung beschlossenen "Aufruf an alle privaten Schutzagenturen und Sicherheitsdienste" hervorgeht. Danach sollten Angehörige dieser Dienste gegen Personen, die sich in Tarnanzügen von Spezialeinheiten der Polizei (OMON, SOBR) Zugang zu Firmen verschaffen wollten, auch mit Waffengewalt vorgehen (Kommersant Nr. 25/1995).

<sup>57</sup> LG Nr. 38/1997.

<sup>58</sup> Vek Nr. 5/1998.



trotz dieser Kenntnis keine strafrechtlichen Verfahren gegen diese Dienste eingeleitet werden. Zum gleichen Zeitpunkt wurde auch erstmals mitgeteilt, daß 70 Prozent der Schutzdienste von früheren Angehörigen der Polizei und 20 Prozent von ehemaligen Armeeingehörigen gegründet worden seien, die übrigen 10 Prozent entfielen demnach auf frühere Geheimdienstler und Sportler.<sup>59</sup> Wenn der Chef der Gewerkschaft der Beschäftigten der privaten Schutzdienste konstatiert, daß die OK solche Firmen unbehelligt lasse, in deren Schutzdienst frühere "Wympel"-Angehörige beschäftigt seien,<sup>60</sup> so läßt sich dies im Grunde nur so interpretieren, daß die OK genaue Kenntnis von der personellen Zusammensetzung der Schutzdienste hat oder ihr Informationen übermittelt werden, die von Führern der OK als Entscheidungsgrundlage für das Ergreifen oder für den Verzicht auf Maßnahmen gegen Wirtschaftsunternehmen benutzt werden.

Staatliche Organe sammeln nicht nur Informationen über kriminelle Praktiken in der Privatwirtschaft, um strafrechtliche Verfahren gegen die entsprechenden Personen einzuleiten, vielmehr sind ausgelagerte, formal unabhängige Abteilungen damit beschäftigt, auf "außergericht-lichem Weg" Strafgeelder der überführten Unternehmer einzutreiben. Solche Aufgaben erledigt beispielsweise der "Fonds für die soziale Sicherung von Beschäftigten des Innenministeriums".<sup>61</sup>

## 5. Ausblick

Die dieser Untersuchung zugrundeliegende Annahme, daß bei der Realisierung des Konzepts des Systemwechsels von vornherein die Einbeziehung von Potentialen der OK und allgemein der Rückgriff auf kriminelle Methoden geplant war, läßt wenig Hoffnung auf eine Änderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands in eine liberal-demokratische Richtung. Die von den wesentlichen Machteliten als Hilfstuppen angeworbenen Gruppierungen aus den Sektoren der (früheren) Geheimdienste, von Sondereinheiten des Innenministeriums sowie aus der OK werden ihre seit Ende der achtziger Jahre gewonnenen Positionen nicht aufgeben, vielmehr die Absicherung ihres Status verlangen. Das impliziert, daß es immer wieder – vor allem aufgrund von Interessengegensätzen sowohl zwischen den Eliten als auch zwischen einzelnen Gruppen der paramilitärischen und kriminellen Bereiche – zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen ihnen kommen wird. Nach Überzeugung von I. Chlebnikow (Moskauer Fonds für nationale und internationale Sicherheit) liegen vielen terroristischen Akten, interethnischen Konflikten und größeren Straftaten Prozesse der Umverteilung kriminellen Kapitals zugrunde – folglich werde es auch in den nächsten Jahren bei einem hohen Kriminalitätsniveau bleiben, verbunden mit erheblichen sozialen Spannungen, mit Extremismus und Terrorismus. Wer sich für die Schaffung einer Rechtsordnung einsetzt, kann auf eine "schwarze Liste" kommen: "Politiker und Personen des öffentlichen Lebens, Beamte, Unternehmer, Aktivisten gesellschaftlicher, politischer, gewerkschaftlicher, religiöser Vereinigungen..."

---

<sup>59</sup> Vek Nr. 5/1998.

<sup>60</sup> Vek Nr. 5/1998.

<sup>61</sup> Megapolis-Ékspress Nr. 9/1995.

In diesem Kontext sind Äußerungen des Publizisten L. Scharow hervorzuheben, der von der "starken Vorliebe der Bevölkerung für öffentliche Hinrichtungen" ausgeht. Er führt überzeugende Gründe an, warum der Durchschnittsbürger, aber auch Journalisten, Polizisten, Staatsanwälte und Politiker an Auftragsmorden interessiert sind. Sein Fazit:

Auftragsmorde bedeuten die Einhaltung von Regeln, nach denen das heutige Rußland lebt. Nicht nach Gesetzen, sondern nach Regeln. Oder sie bedeuten sogar die Einhaltung einer Ordnung. Jener Ordnung, die errichtet worden ist, die alle in etwa kennen und der sich alle im Prinzip unterwerfen – möglicherweise auch einer kriminellen Ordnung, aber einer Ordnung, die irgendeine Antithese zu der Sinnlosigkeit darstellt, die uns vom Staat aufgezwungen wurde. Die Auftragsmorde passen exakt in das heutige System, das aus kriminellen Gemeinschaftskassen und Schutzdächern besteht... Es hat sich einfach die Überzeugung gebildet, daß man nicht aus dem System ausbrechen kann, ein Schritt zur Seite oder auch ein Sprung auf der Stelle – und zur Strafe gibt es eine Kugel...<sup>62</sup>

Welche Rolle internationale Organisationen, ausländische Regierungen und Justizorgane bei der Auseinandersetzung mit Vertretern der System-Mafia und ihrer Exponenten spielen, hängt wesentlich vom Selbstverständnis ihrer Leitungsorgane ab. Wer gute Beziehungen zu Rußland um (fast) jeden Preis aufrechterhalten will, wird eine konziliant-pragmatische Linie verfolgen, wer sich die Etablierung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse wünscht, muß auf offensichtliche Mißstände hinweisen, an den Prinzipien des eigenen Gesellschafts- und Staatsverständnisses festhalten und sich ein ausreichendes Instrumentarium zur Konfliktbewältigung schaffen. Hoffnungsvolle Ansätze des Gegensteuerns sind sicher viele internationale und bilaterale Vereinbarungen über den gemeinsamen Kampf gegen kriminelle Aktivitäten, daneben auch etwa die Aktivitäten von "Transparency International" oder die "Deklaration gegen Korruption und Bestechungen bei internationalen Geschäften", die von der UNO-Generalversammlung im Dezember 1996 angenommen wurde. Entscheidend sind aber letztlich sichtbare praktische Folgen solcher Bemühungen.

---

<sup>62</sup> Ausführungen von Chlebnikov in: Vek Nr. 32/1997 und von Šarov in: OG Nr. 34/1997.



**Bernd Knabe**

## **The System Mafia as a Factor in the Soviet-Russian Transformation**

### **Part II: The Instrumentalisation of Organised Crime**

Bericht des BIOst Nr. 48/1998

#### **Summary**

##### *Introductory Remarks*

This study is based on the thesis that, in order to properly understand the current political and socio-economic situation in Russia, it is vital to be aware of the existence and activities of the system mafia – as opposed to the various forms of organised crime from which it should be clearly distinguished. A system mafia existed throughout the entire Soviet era, though its size varied considerably from one period to another. It was extremely well prepared for the changes and had a significant role to play in determining each phase of the transformation. The numerous misconceptions that exist about the "mafia" and "shadow economy" can generally be attributed to an excessively one-sided approach to criminological and economic issues. Since many of the factors that are of fundamental importance for an understanding of the connections between these two spheres have only come to light in recent years, one must be willing to challenge the validity of earlier statements regarding this issue, including one's own. As the first part of this Report showed, it is only via this route that one may arrive at a proper understanding of the origins of many of the problems encountered in the course of the transformation process.

Although quite a number of studies on organised crime in the Soviet Union and Russia have become available in recent years, they do not generally address the issue of co-operation between the political class and the criminal world. The most reliable information can be gleaned from the former staff of the legal protection organs. However, it should be borne in mind that these people generally adhere to their oaths of secrecy and do not reveal official secrets. Many of the revelations about this sphere have been brought to light by investigative journalists, some of whom have paid with their lives for their efforts. Although many reports of this kind are published by media organs deliberately seeking sensation stories while others are excessively coloured by political motives, such reservations, particularly when expressed by officials, should not lead them to be ignored. After all, material published by Western observers and researchers is by no means faultless either. Probably one way to avoid making false judgements about this sphere is to observe it continuously over a long period of time.

The study is based almost exclusively on the reports of experts and journalists living in Russia. Great caution was exercised in using factual and biographical information from these reports. By token of the very nature of the system mafia, many of its dubious activities cannot

be classified under the criminal legislation of Russia or of other countries. Therefore, neither its members nor their activities can generally be described as criminal.

The short titles used in the author's remarks are explained in the bibliography accompanying the first part of this study.

### *Findings*

1. The responsible Russian authorities have an excellent overview of the system of organised crime. They deliberately avoid conducting large-scale campaigns to combat organised crime because they regard its ring-leaders as partners in fighting ordinary crime.
2. Given the unstable political and socio-economic situation in Russia, one might have some sympathy for this utilitarian attitude towards organised crime. However, since 1987/88 toleration of organised crime has gone beyond this kind of co-operation to include co-ordinated operations chiefly designed to protect economic activity conducted on the orders or in the interests of ruling elites. An inevitable aspect of this is the intimidation or even destruction of "trouble-makers".
3. In this context private security guards have an important role to play. They have apparently been used since the beginning of the transformation process to protect the most important enterprises and banks. Only in recent years has it become apparent that this is part of a systematic strategy.
4. Co-operation between the system mafia and organised crime is not limited to Russia and the other successor states of the Soviet Union but encompasses all countries.
5. It is possible that certain circles in the Russian security services – in keeping with the traditions of the Soviet KGB – plan activities abroad designed to gain long-term influence over socio-political and economic processes there. Some Russian sources regard this as the security services' revenge on the West for failing to support sufficiently their efforts to preserve the Soviet system.